



# STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

21. Jahrgang · Heft 2

Statistisches Amt für Hamburg  
und Schleswig-Holstein  
Bibliothek  
Standort Kiel

Februar 1969

Grafik des Monats: Besitzposten gewerbliche Wirtschaft

Aufsätze: Gewerbliche Betriebsvermögen 1966  
Baumschulen 1968  
Gewitterhäufigkeit  
Haushaltsrechnungen 1967



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

# DIE KONJUNKTUR IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

		1967	1968	Veränderung in %	
	Monatsdurchschnitt Juli bis November <sup>1</sup>				
<b>INDUSTRIE <sup>2</sup></b>					
Produktionsindex	1958 = 100	143	160	+	12
Beschäftigte	1 000	171	179	+	5
Umsatz <sup>3</sup>	Mill. DM	808	988	+	22
Geleistete Arbeiterstunden <sup>4</sup>	Mill. Std.	21	22	+	5
<b>BAUWIRTSCHAFT UND BAUTÄTIGKEIT</b>					
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	9,7	9,8	+	1
Zum Bau genehmigte Wohnungen	Anzahl	2 397	2 462	+	3
<b>HANDEL</b>					
Ausfuhr	Mill. DM	116,7	172,3	+	48
Ausfuhr ohne Schiffe	Mill. DM	110,9	127,0	+	15
<b>VERKEHR</b>					
Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	4 739	5 133	+	8
<b>PREISINDEXZIFFERN (Bundesgebiet)</b>					
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1962 = 100	105,9	104,2	-	2
Preise ausgewählter Grundstoffe	1958 = 100 <sup>a</sup>	103,2	100,7	-	2
Erzeugerpreise					
industrieller Produkte	1962 = 100 <sup>a</sup>	104,6	99,2	-	5
landwirtschaftlicher Produkte	1961/63 = 100 <sup>a</sup>	102,4	101,0	-	1
Lebenshaltung <sup>5</sup>					
insgesamt	1962 = 100	114,4	116,2	+	2
Nahrungs- und Genußmittel	1962 = 100	111,4	110,5	-	1
<b>GELD UND KREDIT</b>					
Bestand an					
kurzfristigen Krediten <sup>6</sup>	Mill. DM	2 267	2 369	+	5
mittel- und langfristigen Krediten <sup>7</sup>	Mill. DM	7 179	7 822	+	9
Spareinlagen <sup>8</sup>	Mill. DM	3 921	4 452	+	14
<b>STEUERAUFKOMMEN</b>					
Umsatzsteuer/Mehrwertsteuer <sup>9</sup>	Mill. DM	60	54	-	10
Landessteuern <sup>10</sup>	Mill. DM	79	89	+	13
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	26	31	+	17
Lohnsteuer	Mill. DM	59	65	+	10

1) bei "Geld und Kredit": Juni bis Oktober

2) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten

3) ohne Umsatz in Handelsware, aber zuzügl. Umsatzsteuer

4) einschließlich Lehrlingsstunden

5) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalt mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes; Lebenshaltungsausgaben von rund 750 DM monatlich nach Verbrauchsverhältnissen von 1962

6) an die Nichtbankenkundschaft 7) an die Nichtbankenkundschaft; einschließlich durchlaufender Kredite

8) Bestand am Monatsende 9) einschließlich Umsatzausgleichsteuer / Einfuhrumsatzsteuer

10) einschließlich Landesanteil an den Einkommensteuern a) ab Januar 1968 ohne Umsatz (Mehrwert)steuer



# STATISTISCHE MONATSHEFTE

## SCHLESWIG - HOLSTEIN

21. Jahrgang · Heft 2

Februar 1969

### Aktuelle Auslese



#### Bruttoinlandsprodukt 1968

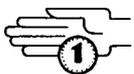
Das Bruttoinlandsprodukt in Schleswig-Holstein, berechnet in jeweiligen Preisen, stieg – nach ersten Schätzungen – 1968 gegenüber 1967 um 7,2 % und erreichte damit 18,5 Mrd. DM. Die Zuwachsrate im Bundesgebiet betrug 8,8 %. Sie lag auch in anderen Bundesländern höher als in Schleswig-Holstein. Gegenüber 1966 jedoch hat sich das Bruttoinlandsprodukt 1968 in Schleswig-Holstein um 10,6 % erhöht, im Bundesdurchschnitt dagegen nur um 9,6 %.

Bundesländer, in denen die gesamtwirtschaftliche Leistung 1967 hinter der des Jahres 1966 zurückgeblieben war, erreichten 1968 wie zu erwarten war, höhere Zuwachsraten als Länder, die 1967 weniger stark vom Konjunkturrückgang betroffen waren (z. B. Schleswig-Holstein).



#### Rekordumsatz in der Industrie 1968

Im Zuge der gesteigerten wirtschaftlichen Aktivität erzielte die schleswig-holsteinische Industrie einen Jahresumsatz von 11 Mrd. DM. Auch unter Berücksichtigung der durch die Mehrwertsteuer verursachten Vergleichsstörung dürfte diese Umsatzsteigerung von 13 % gegenüber 1967 als ein ungewöhnlich gutes Ergebnis angesehen werden.



#### Günstige Entwicklung der Landessteuern

Das Land Schleswig-Holstein hat 1968 über 1 Mrd. DM Steuern eingenommen. Damit wurde das Aufkommen des Jahres 1967 um

102 Mill. DM oder fast ein Zehntel übertroffen. Den größten Anteil an diesem Mehraufkommen hat die Lohnsteuer mit 54 Mill. DM. Ihr Aufkommen erhöhte sich gegenüber 1967 um beinahe 14 %. Die Körperschaftsteuer verzeichnete ein Mehraufkommen von 29 Mill. DM (+ 42 %), die Einkommensteuer von 12 Mill. DM (+ 3,4 %) und die Kraftfahrzeugsteuer von 9 Mill. DM (+ 7,5 %). Die Vermögensteuer ist die einzige gewichtigere Landessteuer, die abnahm, und zwar um 5 Mill. DM oder fast ein Zehntel.

#### Fast 14 % mehr Schlüsselzuweisungen

Die schleswig-holsteinischen Gemeinden und Kreise erhalten 1969 200 Mill. DM Schlüsselzuweisungen, das sind 24 Mill. DM mehr als 1968. Auf die vier kreisfreien Städte entfallen 35 Mill. DM, auf die kreisangehörigen Gemeinden 93 Mill. DM und auf die Kreise 73 Mill. DM. Nur 64 – das sind 5 % – der Gemeinden erhalten auf Grund ihrer hohen Steuerkraft keine Schlüsselzuweisungen.



#### Leichte Zunahme der Insolvenzen

Im Jahre 1968 wurden von den Amtsgerichten in Schleswig-Holstein 150 Insolvenzen gemeldet, und zwar 133 Konkurse und 17 Vergleichsverfahren. Im Jahre 1967 waren es 141 Insolvenzen gewesen, darunter 117 Konkurse. Die leichte Zunahme der Zahl der Konkurse war nicht auf eine größere Insolvenzanfälligkeit von Erwerbsunternehmen zurückzuführen, sondern betraf andere Gemeinschuldner (natürliche Personen, Nachlässe).

# Einheitswerte und Zusammensetzung des gewerblichen Betriebsvermögens am 1. 1. 1966

## Ergebnisse der Einheitswertstatistik

Zusammen mit der Hauptveranlagung zur Vermögensteuer auf den 1. 1. 1966 wurden in der Bundesrepublik Deutschland wiederum die Einheitswerte für die wirtschaftlichen Einheiten des Betriebsvermögens allgemein festgestellt (Hauptfeststellung). Das Betriebsvermögen ist nach dem Bewertungsgesetz alle drei Jahre festzustellen. Der verhältnismäßig kurze Zeitabstand ist vom Gesetzgeber bestimmt worden, weil sich der Wert eines Unternehmens sehr rasch ändern kann. Im Gegensatz hierzu wird für den Grundbesitz eine allgemeine Feststellung in Abständen von 6 Jahren als ausreichend angesehen. Die periodisch wiederkehrende Feststellung der Einheitswerte ermöglicht es, den Wert des Grundbesitzes und des Betriebsvermögens "einheitlich" zu ermitteln und von ihm bei der Berechnung aller Steuern auszugehen, denen diese beiden Vermögensarten als Steuerbemessungsgrundlage dienen. Die wirtschaftlichen Einheiten des Betriebsvermögens gehen mit ihrem Einheitswert in die Berechnung der Vermögensteuer, der Gewerbesteuer und der Grundsteuer ein (soweit sie in Betriebsgrundstücken bestehen). Daneben bilden die Einheitswerte die Grundlage für die Berechnung der Grunderwerbs- und der Erbschaftsteuer.

Nach den allgemeinen Bewertungsvorschriften (§ 2 des Bewertungsgesetzes) ist jede wirtschaftliche Einheit für sich zu bewerten, wobei nach den Anschauungen des Verkehrs zu entscheiden ist, was als wirtschaftliche Einheit gilt. Da die Feststellung des Einheitswertes des Betriebsvermögens an die Bilanzfähigkeit der zu bewertenden Objekte gebunden ist, kann Erhebungseinheit in der Regel nur das Unternehmen sein. Der im Steuerrecht häufig gebrauchte Ausdruck "Gewerblicher Betrieb" ist insofern nicht ganz korrekt, als die Vielzahl der Filialbetriebe (Zweigniederlassungen etc.) in der Regel nicht gesondert bewertet werden, sondern nur zusammen mit dem Unternehmen, zu dem sie gehören.

Für Kleinbetragsfälle wird ein Einheitswert nicht festgestellt. Hierzu gehören alle wirtschaftlichen Einheiten, deren Gewerbeskapital zum Zeitpunkt der Hauptfeststellung weniger als 6 000 DM ausmacht und die der Vermögensteuerpflicht nicht unterliegen. Sie sind in dieser Darstellung nicht enthalten.

### Unternehmen und Einheitswerte

In Schleswig-Holstein belief sich am 1. 1. 1966 die Zahl der wirtschaftlichen Einheiten mit gewerblichem Betriebsvermögen, für die ein Einheitswert festgestellt worden ist, auf 41 149. Das sind etwa die Hälfte aller in Schleswig-Holstein bestehenden gewerblichen Unternehmen. Die Zuwachsrate von nur 4% gegenüber dem letzten Hauptfeststellungszeitpunkt, dem 1. 1. 1963, war die niedrigste, die in unserem Land seit Beginn der statistischen Aufzeichnungen im Jahre 1953 zwischen zwei Hauptfeststellungszeitpunkten ermittelt wurde. Die vergleichsweise langsame Zunahme (die Veränderungsrate betragen 1957 + 12%, 1960 + 21% und 1963 + 15% gegenüber dem davor-

liegenden Hauptfeststellungszeitpunkt) läßt erkennen, daß die Phase der stürmischen konjunkturellen Entwicklung mit Ablauf des Jahres 1965 abgeschlossen ist und Tendenzen der Abschwächung des wirtschaftlichen Wachstums sich durchgesetzt haben. Daneben ist das auffällige Absinken der Zuwachsrate auch die Folge der verstärkten Zusammenschlußbewegung in der Wirtschaft, wie sie insbesondere in Industrie und Handel schon seit längerer Zeit beobachtet wird. Das Streben nach optimalen Unternehmensgrößen führt zu einer immer stärkeren Konzentration und läßt für echte Neugründungen nur noch wenig Raum.

Zahl und Einheitswerte<sup>1</sup> der gewerblichen Unternehmen in den Jahren 1963 und 1966

Rechtsform	Zahl der Unternehmen			Einheitswert in Mill. DM		
	1963	1966	Veränderung in %	1963	1966	Veränderung in %
Einzelunternehmen	32 913	34 307	+ 4	1 166	1 353	+ 16
Personalgemeinschaften	4 775	4 881	+ 2	884	1 235	+ 40
Körperschaften	1 795	1 961	+ 9	1 503	1 887	+ 26
Insgesamt	39 483	41 149	+ 4	3 553	4 475	+ 26

<sup>1</sup>) einschließlich der steuerbefreiten Vermögensteile der öffentlichen oder unter Staatsaufsicht stehenden Sparkassen

Der Einheitswert eines Unternehmens wird aus der Bilanz durch Subtraktion der Schuldposten von der Summe der Besitzposten ermittelt. Er ist identisch mit dem Eigenkapital des Unternehmens. Im Gegensatz zum Grundvermögen, auf dessen Einheitswert die Höhe der Schulden keinen Einfluß hat, sind also die Einheitswerte des Betriebsvermögens reine Vermögenswerte. Der Einheitswert für alle erfaßten Unternehmen erhöhte sich zum Anfang des Jahres 1966 auf 4,48 Mrd. DM. Obwohl dies einem Zuwachs von 26% gegenüber 1963 entspricht, wurden auch hier die Steigerungsraten gegenüber früher nicht erreicht. Die Veränderung der Einheitswerte aller Unternehmen hatte 1957 + 38%, 1960 + 41% und 1963 + 31% gegenüber dem davorliegenden Hauptfeststellungszeitpunkt betragen.

In der Tabelle nicht enthalten sind rund 6 250 Unternehmen mit negativem Einheitswert, die nicht der Mindestbesteuerung unterliegen. Bei ihnen waren die Schulden und sonstigen

Abzüge um insgesamt 267,4 Mill. DM höher als das Rohvermögen. Ihre Anzahl hat sich gegenüber 1963 um ein Viertel erhöht; die gesamte Überschuldung nahm jedoch nur geringfügig um 4 Mill. DM (+ 2%) zu. Bei stark gestiegener Zahl der überschuldeten Unternehmen ist also der negative Einheitswert im Durchschnitt erheblich gesunken. Er belief sich im Jahre 1966 auf nur 42 700 DM je überschuldete wirtschaftliche Einheit; im Jahre 1963 waren es noch 52 500 DM gewesen. Überschuldete Kapitalgesellschaften, die der Mindestbesteuerung unterliegen, werden von der Einheitswertstatistik nicht erfaßt.

Einheitswerte<sup>1</sup> je Unternehmen in 1 000 DM

Rechtsform	1. 1. 1963	1. 1. 1966	Veränderung in %
Einzelunternehmen	35	39	+ 11
Personalgesellschaften	185	253	+ 37
Körperschaften	838	962	+ 15
Zusammen	90	109	+ 21

1) einschließlich der steuerbefreiten Vermögensteile der öffentlichen oder unter Staatsaufsicht stehenden Sparkassen

Die Untergliederung der wirtschaftlichen Einheiten nach (teilweise zusammengefaßten Gruppen von) Rechtsformen läßt eine recht unterschiedliche Entwicklung seit 1963 erkennen. Geht man von der Zahl der Unternehmen aus, so ist insbesondere die relativ starke Zunahme der Körperschaften um 9% hervorzuheben. Hinsichtlich des Einheitswertes erzielten dagegen die Personalgesellschaften mit einer Steigerung um 40% den größten Zuwachs. Den Einzelunternehmen kommt zahlenmäßig die größte Bedeutung zu; auf sie entfallen 83% aller erfaßten wirtschaftlichen Einheiten. Es handelt sich bei ihnen jedoch in der Regel um kleine Unternehmen, so daß ihr Einheitswert im Durchschnitt sehr niedrig ist, verglichen mit dem der Personalgesellschaften und der Kapitalgesellschaften. Die Entwicklung des Einheitswertes der Personal-

gesellschaften läßt auf eine zunehmende Kapitalausstattung der offenen Handelsgesellschaften und Kommanditgesellschaften schließen. Insbesondere die in letzter Zeit nicht selten gewählte Rechtsform "GmbH u. Co. KG" enthält gewisse kapitalgesellschaftliche Elemente, die nicht dem Wesen der Personengesellschaft entsprechen.

#### Einheitswertgruppen

Auch nach 1963 hat sich die Verlagerung der Unternehmen in höhere Einheitswertgruppen fortgesetzt. Die Zahl der wirtschaftlichen Einheiten in den Gruppen mit einem Einheitswert bis zu 20 000 DM nahm dadurch um 5% ab. In allen übrigen Einheitswertgruppen waren die Veränderungsdaten positiv, wobei mit steigender Einheitswertgruppe auch eine größere Zuwachsrate festzustellen ist. So konzentrieren jetzt die 39 Unternehmen (das sind 0,1% der erfaßten wirtschaftlichen Einheiten) mit einem Einheitswert von je 10 Mill. DM und mehr 28% der gesamten Einheitswertsumme auf sich. Die Veränderungsrate der Einheitswerte war in dieser Gruppe mit 40% am größten.

Trotz der anhaltenden Verlagerung in höhere Gruppen wiesen auch 1966 noch fast die Hälfte der erfaßten Unternehmen Einheitswerte unter 20 000 DM auf, fielen also in eine der beiden niedrigsten Gruppen. Man sollte jedoch beachten, daß die Einheitswertgruppen verschieden breit sind. Einen besseren Eindruck vermittelt das Bild, in dem die Häufigkeitsverteilung auf eine einheitliche Gruppenbreite von je 10 000 DM umgerechnet ist. Die größte Häufigkeit für die im Jahre 1966 gegebene Verteilung fällt hiernach in die Einheitswertgruppe 6 000 bis 10 000 DM. Die Unternehmen mit Einheitswert zwischen diesen beiden Schwellenwerten sind sich also am ähnlichsten (dichtester Wert). Auf die 15,7% aller erfaßten wirtschaftlichen Einheiten in dieser Gruppe

#### Unternehmen und Einheitswerte nach Einheitswertgruppen

Einheitswertgruppe in DM	Unternehmen					Einheitswerte				
	1963		1966		Veränderung in %	1963		1966		Veränderung in %
	Anzahl	%	Anzahl	%		Mill. DM	%	Mill. DM	%	
unter 10 000	10 002	25	9 515	23	- 5	64,7	2	61,7	1	- 5
10 000 - 20 000	10 247	26	9 713	24	- 5	147,4	4	140,4	3	- 5
20 000 - 50 000	10 860	28	11 684	28	+ 8	341,8	10	371,1	8	+ 9
50 000 - 250 000	6 781	17	8 215	20	+ 21	674,3	19	821,7	19	+ 22
250 000 - 1 Mill.	1 238	3	1 563	4	+ 26	580,6	17	720,7	16	+ 24
1 Mill. - 10 Mill.	325	1	420	1	+ 29	794,3	23	1 048,0	24	+ 32
10 Mill. und mehr	30	0	39	0	+ 30	892,6	26	1 247,4	28	+ 40



entfallen nur 1,1% der gesamten Einheitswertsumme.

#### Gewerbliche Gesamtbilanz

Da die Feststellung der Einheitswerte des Betriebsvermögens aufgrund eines bilanzähnlichen Nachweises erfolgt, fallen zusammen mit den Einheitswertbescheiden für alle größeren Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft die hauptsächlichen Besitz- und Schuldposten an. Sie ermöglichen einen Einblick in die Finanzierungsquellen der Unternehmen und die Verwendung des angelegten Kapitals. Über diesen Sachverhalt gibt es sonst mit Ausnahme der Bilanzstatistik der Aktiengesellschaften, die jährlich vom Statistischen Bundesamt veröffentlicht wird, so gut wie keine statistischen Unterlagen. Wenn auch der Aussagewert der Ergebnisse eingeschränkt ist, weil die einzelnen Bilanzposten nur in stark zusammengefaßter Form im Einheitswertbescheid erscheinen und die Angaben den steuerrechtlichen Bestimmungen des Bewertungsgesetzes unterworfen sind, so bildet die Statistik trotzdem eine brauchbare Grundlage für gewisse bilanzanalytische Untersuchungen in allen Hauptbereichen der gewerblichen Wirtschaft.

Die Bilanzstruktur der Banken, Versicherungen und Beteiligungsgesellschaften weicht von der der übrigen Unternehmen so erheblich ab, daß die Ergebnisse aus diesem Wirtschaftsbereich am Ende des Aufsatzes gesondert

dargestellt werden müssen, um die Aussagefähigkeit der Ergebnisse nicht zu beeinträchtigen. Auch die Angaben über die überschuldeten Unternehmen sind aus demselben Grunde im folgenden nicht behandelt.

Das Rohvermögen der durch die Einheitswertstatistik erfaßten wirtschaftlichen Einheiten betrug am 1.1.1966 insgesamt 11,2 Mrd. DM. Dieser Wert ist identisch mit der Bilanzsumme aller Unternehmen. Gegenüber 1963 ist damit die Summe der Besitz- und Schuldposten in der gewerblichen Wirtschaft um 2,3 Mrd. DM oder 26% gestiegen. In der Untergliederung nach Rechtsformen entfällt die größte relative Zunahme mit 39% auf die Personengesellschaften. Absolut erhöhte sich das Rohvermögen der Körperschaften zwar seit 1963 am stärksten, die relative Zunahme war jedoch mit 28% wesentlich niedriger als die der Personengesellschaften. Die Zahl der Körperschaften nahm, wie bereits erwähnt, im Berichtszeitraum erheblich zu. Der Zuwachs entfiel jedoch hauptsächlich auf kleine Gesellschaften mit beschränkter Haftung, die nur über ein geringes Stammkapital verfügen. Für die Veränderung des Rohvermögens der Körperschaften waren diese Gesellschaften daher nur von geringer Bedeutung. Das Rohvermögen der Einzelunternehmen weist mit einer Veränderung von + 13% gegenüber 1963 den geringsten Zuwachs auf.

Die wirtschaftliche Untergliederung der Unternehmen und ihrer Bilanzsummen gibt Aufschluß darüber, wie sich das in der gewerblichen Wirtschaft investierte Kapital auf die einzelnen Branchen verteilt. Insgesamt gesehen sind die Investitionen in der schleswig-holsteinischen Industrie mit 3,87 Mrd. DM am größten. Es folgen weiter nach der Höhe der Bilanzsumme der Großhandel, das Baugewerbe, der Einzelhandel und die Energiewirtschaft (einschließlich Wasserversorgung). Auf die genannten Wirtschaftszweige entfielen am 1.1.1966 84% des gesamten Rohvermögens. Dagegen ist das in der Handelsvermittlung und in der Land- und Forstwirtschaft sowie Tierhaltung (soweit diese Tätigkeiten gewerblich betrieben werden) und in der Fischerei investierte Kapital nur von geringer Bedeutung. Da der Handelsvermittler zur Ausübung seines Gewerbes weder in nennenswertem Umfang Anlagegüter noch Vorräte benötigt, ist in diesem Wirtschaftszweig die Bilanzsumme je Unternehmen mit 43 000 DM am niedrigsten. In der Landwirtschaft ist sogar je Unternehmen das investierte Kapital geringfügig zurückgegangen. Dagegen zählen die wenigen Unternehmen der Energiewirtschaft zu den kapitalintensivsten überhaupt. Auch die Zuwachsraten sind in diesem Wirtschaftszweig

Bilanzsummen nach dem Wirtschaftsbereich<sup>1</sup> am 1. 1. 1966

Wirtschaftliche Gliederung	Unternehmen		Bilanzsumme in Mill. DM		Bilanzsumme je Unternehmen in 1 000 DM		Ver- änderung in %
	1966	1963	1966	1963	1966	1963	
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	800	763	79	76	99	100	- 1
Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau	94	94	1 051	718	11 183	7 640	+ 46
Verarbeitende Industrie (ohne Bauindustrie)	1 251	1 321	3 866	3 354	3 090	2 539	+ 22
Übriges verarbeitendes Gewerbe <sup>2</sup> (ohne Baugewerbe)	6 822	6 714	682	519	100	77	+ 30
Baugewerbe	4 395	4 095	1 208	851	275	208	+ 32
Großhandel	2 994	2 985	2 117	1 562	707	523	+ 35
Handelsvermittlung	1 615	1 277	69	50	43	39	+ 10
Einzelhandel	12 314	12 275	1 190	968	97	79	+ 23
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	2 064	2 039	466	390	226	191	+ 18
Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und freien Berufen erbracht	8 230	7 468	477	385	58	52	+ 12
Alle Wirtschaftsbereiche	40 579	39 031	11 206	8 874	276	227	+ 22

1) ohne Banken, Versicherungen und Beteiligungsgesellschaften

2) einschließlich Handwerk

seit 1963 besonders hoch gewesen. Die Angaben über die Industrie lassen insofern keine befriedigende Aussage zu, als gerade in diesem Wirtschaftsbereich die Verflechtung mit Unternehmen ständig zunimmt, die ihren Sitz in einem anderen Bundesland haben. Das führt häufig zur Aufgabe der wirtschaftlichen und rechtlichen Selbständigkeit der schleswig-holsteinischen Betriebe, die dann von den Finanzämtern in unserem Lande aus den oben erwähnten Gründen nicht mehr erfaßt werden. Auch die knapp 3 000 erfaßten Unternehmen des Großhandels haben seit 1963 in erheblichem Umfang investiert.

Der überwiegende Anteil aller erfaßten wirtschaftlichen Einheiten entfällt auf die mittelständischen Unternehmen des Einzelhandels, des Dienstleistungsgewerbes und des verarbeitenden Handwerks. Das investierte Kapital geht in diesen Unternehmen im Durchschnitt nicht über 100 000 DM hinaus.

Die im Einheitswertbescheid ausgewiesenen Besitzposten erlauben eine Untergliederung des Umlaufvermögens in Vorratsvermögen und Betriebskapital. Zum Vorratsvermögen gehören die Teil- und Fertigfabrikate ebenso wie die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, während sich das Betriebskapital aus Forderungen und Zahlungsmitteln zusammensetzt. Seit 1963 ist der Wert des gesamten Umlaufvermögens um 26% auf 7,3 Mrd. DM gestiegen; der Anteil des Umlaufvermögens an der Gesamtheit der Besitzposten hat sich demzufolge nicht verändert. Er beträgt nach wie vor fast 2/3 aller Aktiva. Innerhalb des Umlaufvermögens hat sich aber das Gewicht etwas stärker auf das Betriebskapital verlagert, das um 31% anstieg, während das Vorratsvermögen nur in

geringerem Umfang zunahm. Auf die Forderungen und Zahlungsmittel entfielen am 1.1.1966 nunmehr 36% der Bilanzsumme, auf das Vorratsvermögen nur noch 29%. Die überdurchschnittliche Zunahme der Vorräte in den Jahren 1960 - 1963 hat offensichtlich in Verbindung mit den sich Ende 1965 abzeichnenden wirtschaftlichen Erwartungen dazu geführt, in diesen Besitzposten erheblich weniger zu investieren. Zwischen 1960 und 1963 hatte sich das Vorratsvermögen um 53% erhöht.

Auch das Anlagevermögen der Unternehmen erhöhte sich, wie das Umlaufvermögen, um durchschnittlich 26%. Es erreichte am 1.1.1966 den Wert von insgesamt 3,9 Mrd. DM. Das Verhältnis von Anlage- zu Umlaufvermögen hat sich dementsprechend zwischen den beiden letzten Hauptfeststellungszeitpunkten nicht geändert. Die steuerlichen Unterlagen erlauben eine Aufgliederung in Betriebsgrundstücke, Maschinen und ähnliche Anlagen sowie sonstige Sachanlagen. Zu den sonstigen Sachanlagen zählen insbesondere die Betriebs- und Geschäftsausstattung und andere kleinere Sachanlagegüter. Außerdem werden die Finanzanlagen (Wertpapiere, Beteiligungen usw.) besonders ausgewiesen. Den größten Bilanzposten unter dem Anlagevermögen macht nach wie vor der Maschinenpark der Unternehmen aus. Daneben erlangen aber die sonstigen Sachanlagen zunehmend an Bedeutung. Mit einer Steigerung um 39% seit 1963 hat dieser Besitzposten die stärkste positive Veränderung unter allen ausgewiesenen Bilanzposten erfahren. Mangels einer detaillierten Aufgliederung ist es leider nicht möglich festzustellen, welche sonstigen Sachanlagen im

Vermögen und Schulden der gewerblichen Unternehmen<sup>1</sup>

Bilanzposten	1963	1966		1963	1966
	Mill. DM		Ver- ände- rung in %	in % der Bilanz- summe	
Umlaufvermögen	5 767	7 290	+ 26	65,0	65,1
davon					
Vorratsvermögen	2 670	3 241	+ 21	30,1	28,9
Betriebskapital	3 097	4 048	+ 31	34,9	36,1
Anlagevermögen	3 107	3 910	+ 26	35,0	34,9
davon					
Inländische Betriebsgrundstücke	500	567	+ 13	5,6	5,1
Maschinen und ähnliche Anlagen	1 363	1 686	+ 24	15,4	15,0
Sonstige Sachanlagen	957	1 334	+ 39	10,7	11,9
Finanzanlagen	287	324	+ 13	3,2	2,9
<b>Aktiva</b>	<b>8 874</b>	<b>11 200</b>	<b>+ 26</b>	<b>100</b>	<b>100</b>
Fremdkapital					
Schulden und sonstige Abzüge	5 578	7 108	+ 27	62,9	63,4
Eigenkapital	3 295	4 091	+ 24	37,1	36,5
davon					
Schachtelbeteiligungen	77	20	- 73	0,9	0,2
Einheitswert	3 218	4 071	+ 26	36,3	36,3
<b>Passiva</b>	<b>8 874</b>	<b>11 200</b>	<b>+ 26</b>	<b>100</b>	<b>100</b>
Zahl der Unternehmen	39 031	40 579	+ 4		

1) ohne Banken, Versicherungen und Beteiligungsgesellschaften

einzelnen zu dieser Zunahme geführt haben. Die inländischen Betriebsgrundstücke wurden auch im Jahre 1966 nach den Wertverhältnissen von 1935 bewertet. Ihr Anteil am gesamten Rohvermögen der Unternehmen ist daher um einen weiteren Punkt gesunken; er macht jetzt nur noch 5% der Bilanzsumme aus. Die Finanzanlagen haben nach wie vor, insgesamt gesehen, nur eine geringe Bedeutung.

Die im Einheitswertbescheid angegebenen Merkmale unter den Schuldposten lassen im wesentlichen nur die Untergliederung nach Fremd- und Eigenkapital zu. Die Schulden und sonstigen Abzüge erhöhten sich im Vergleich zum vorangegangenen Erhebungsstichtag nur etwa entsprechend der Ausweitung der Bilanzsumme. Die Verschuldung der Unternehmen hat also gegenüber 1963 nur unwesentlich zugenommen. Die relative Zunahme des Eigenkapitals war etwas schwächer als die des Fremdkapitals, was zum Teil auf die starke Abnahme der Schachtelbeteiligungen zurückzuführen ist. Das Verhältnis von Fremd- zu Eigenkapital hat sich somit seit 1963 nur unbedeutend zu Gunsten des Fremdkapitals geändert. Es beträgt nach wie vor 63 zu 37. Der Bilanzgrundsatz, wonach in der Regel das Anlagevermögen und ein gewisser Bestand des Umlaufvermögens durch Eigenkapital gedeckt sein sollten, wird damit auch weiterhin eingehalten. Neben dem gesamten Anlagevermögen sind im Durchschnitt 2,5% des Umlaufvermögens

der erfaßten Unternehmen durch eigene Mittel gedeckt. Ein weiterer Prozentsatz des Umlaufvermögens dürfte durch langfristig verfügbares Fremdkapital gedeckt sein, wodurch die Deckungsverhältnisse in einem noch günstigeren Licht erscheinen als oben ausgewiesen. Die Höhe des langfristig verfügbaren Fremdkapitals ist aus der Statistik nicht feststellbar, da dieser Schuldposten für die Ermittlung des Einheitswertes uninteressant und im Einheitswertbescheid nicht getrennt angegeben ist.

#### Wirtschaftliche Gliederung

Je nach Kapitalintensität, Produktionstechnik und Stellung zum Markt spiegeln die Anteile der einzelnen Besitz- und Schuldposten an der Bilanzsumme die erheblichen Unterschiede im Vermögens- und Kapitalaufbau der Unternehmen in den einzelnen Branchen wider. Für die Unternehmen des Handels und des Baugewerbes sind die hohen Anteile des Umlaufvermögens an der Bilanzsumme charakteristisch; dasselbe gilt für die verarbeitende Industrie. Im Großhandel und in der Handelsvermittlung besteht das Umlaufvermögen zum größten Teil aus Betriebskapital, d. h. aus Forderungen für Warenlieferungen und Leistungen sowie Zahlungsmitteln. Der Anteil des Vorratsvermögens am Umlaufvermögen ist in diesen Wirtschaftsbereichen verhältnismäßig gering. Dagegen weist der Einzelhandel mit seinem breiten Warensortiment ein relativ hohes Vorratsvermögen aus. 47% aller Aktiva des Einzelhandels bestanden am 1.1.1966 aus Vorratsvermögen. Auch die Vermögensstruktur des Baugewerbes ist durch den erheblichen Anteil des Vorratsvermögens gekennzeichnet. Innerhalb des verarbeitenden Gewerbes ist der höhere Anteil des Umlaufvermögens an der Bilanzsumme in der Industrie hervorzuheben. Im Gegensatz zum übrigen verarbeitenden Gewerbe (insbesondere Handwerk) kommt die Industrie nicht ohne größere Vorräte aus, da sich ihre Rohstoffe und Halbfabrikate offenbar längere Zeit im Produktionsprozeß befinden und sich eine umfangreichere Lagerhaltung dieser Produkte eher lohnt als in den mittelständischen Betrieben.

In den Bereichen Energiewirtschaft und Wasserversorgung sowie Verkehr und Nachrichtenübermittlung ist ein Vorratsvermögen naturgemäß kaum vorhanden. Eine Produktion auf Lager ist in diesen Betrieben nur begrenzt oder überhaupt nicht möglich; ebenso gehen Rohstoffe nur in geringem Umfang in die Produktion ein. Das Umlaufvermögen ist dementsprechend niedrig. Dagegen entfallen in der Energiewirtschaft (einschließlich Wasserversorgung) 83% und im Verkehrswesen 74%

Vermögen und Schulden der gewerblichen Unternehmen<sup>1</sup> am 1. 1. 1966 nach dem Wirtschaftsbereich

Wirtschaftsbereich	Zahl der Unternehmen	Bilanzsumme in Mill. DM	Aktiva					Passiva		
			Umlaufvermögen		Anlagevermögen			Fremdkapital	Eigenkapital	
			insgesamt	darunter Vorratsvermögen	insgesamt	darunter			insgesamt	darunter Einheitswert
						Inländische Betriebsgrundstücke	Maschinen und maschinelle Anlagen			
in % der Bilanzsumme										
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	800	79	48	9	52	15	20	44	56	56
Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau	94	1 051	17	3	83	3	63	56	44	44
Verarbeitende Industrie (ohne Bauindustrie)	1 251	3 864	71	34	29	5	15	66	34	34
Übriges verarbeitendes Gewerbe <sup>2</sup>	6 822	682	63	27	37	8	12	54	46	46
Baugewerbe	4 395	1 208	78	40	22	2	10	70	30	30
Großhandel	2 994	2 116	82	28	18	4	6	77	23	23
Handelsvermittlung	1 615	69	70	18	30	4	3	46	54	54
Einzelhandel	12 314	1 188	73	47	27	8	3	49	51	51
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	2 064	466	26	1	74	3	8	65	35	35
Dienstleistungen	8 230	477	41	8	59	16	8	38	62	61
<b>Alle Wirtschaftsbereiche</b>	<b>40 579</b>	<b>11 200</b>	<b>65</b>	<b>29</b>	<b>35</b>	<b>5</b>	<b>15</b>	<b>63</b>	<b>37</b>	<b>36</b>
Von den Unternehmen waren:										
Körperschaften	1 682	5 181	62	24	38	4	22	71	29	29
Personalgemeinschaften	4 838	3 042	70	34	30	6	12	60	40	40
Einzelunternehmen	34 059	2 976	66	32	34	6	7	55	45	45

1) ohne Banken, Versicherungen und Beteiligungsgesellschaften

2) einschließlich Handwerk; ohne Baugewerbe

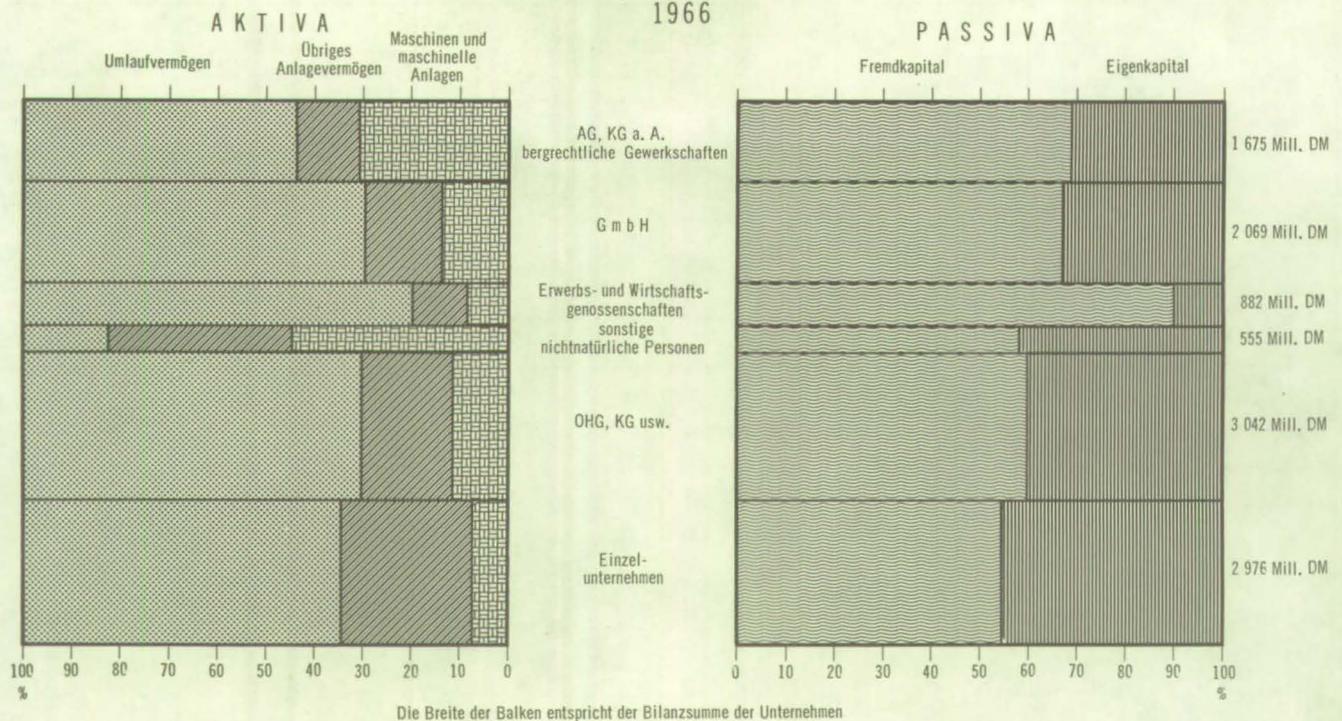
der Bilanzsumme auf das Anlagevermögen. Besonders kapitalintensiv ist die Energiewirtschaft und die Wasserversorgung durch den hohen Anteil, den die Maschinen an der Bilanzsumme ausmachen. Die Unternehmen des Verkehrs haben fast 2/3 ihrer Besitzposten in sonstigen Sachanlagen investiert, wozu insbesondere die Fahrzeuge gehören. Von relativ großer Bedeutung unter den Besitzposten sind in der gewerblich betriebenen Landwirtschaft und im Dienstleistungsgewerbe die inländischen Betriebsgrundstücke. Das ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß es sich bei den Unternehmen der genannten Bereiche um typische Mittelstandsbetriebe mit geringem Rohvermögen handelt, in denen das eigene Grundstück dann aber einen relativ hohen Teil des gesamten Betriebsvermögens ausmacht.

Die Struktur der Aktiva in den verschiedenen Wirtschaftsbereichen bestimmt weitgehend den erforderlichen Kapitalaufbau der Unternehmen. So weisen in der Regel Unternehmen mit hohem Anlagevermögen auch eine große Eigenkapitalquote aus und umgekehrt. Eine Aus-

nahme hiervon machen nur die kapitalintensiven Bereiche Energiewirtschaft, Wasserversorgung und Verkehr, bei denen das Anlagevermögen nur etwa zur Hälfte durch Eigenkapital gedeckt ist. Der Investitionsbedarf ist insbesondere in der See- und Küstenschifffahrt derartig hoch, daß die Unternehmen gezwungen sind, ihr Anlagevermögen zum Teil mit Kreditmarktmitteln zu finanzieren. Die Betriebe der Energiewirtschaft, Wasserversorgung und des öffentlichen Personenverkehrs befinden sich häufig in Gemeineigentum, weil von privater Seite die hohen Investitionskosten nicht aufzubringen sind und außerdem die Ertragsbedingungen im Verhältnis zu anderen Wirtschaftsbereichen (z. B. der Industrie) weniger gut sind. Der Fremdkapitalanteil an der Bilanzsumme ist mit 77% im Großhandel am größten. Die Darstellung in der Tabelle läßt erkennen, daß gerade im Großhandel, dessen Umlaufvermögen zu einem großen Teil aus Forderungen für Warenlieferungen besteht, diese Forderungen überwiegend mit Krediten finanziert werden. Im Einzelhandel dagegen werden Kredite weitgehend durch eigene Mittel gedeckt.

## Die Vermögens- und Schuldposten der Unternehmen nach Rechtsformen

1966



## Rechtsformen

In der Untergliederung der Unternehmen nach der Rechtsform stehen hinsichtlich der Eigenkapitalausstattung die Einzelunternehmen mit einem Anteil von 45% an der Spitze. Es folgen die Personalgesellschaften mit 40% und mit erheblichem Abstand die Körperschaften mit 29%. Die sich hier andeutenden Unterschiede hängen zum Teil mit der unterschiedlichen Behandlung der Unternehmensgewinne zusammen. Daneben erfordern aber auch die verschiedenen Produktionsverfahren unterschiedliche Betriebsgrößen und Eigenmittelausstattung, so daß die Rechtsform in gewisser Hinsicht branchenabhängig ist. So sind die kapitalintensiven Körperschaften (insbesondere Aktiengesellschaften) hauptsächlich in den Wirtschaftsbereichen Energiewirtschaft, verarbeitendes Gewerbe und Verkehr zu finden, also in Bereichen, die über ein verhältnismäßig großes Sachanlagevermögen verfügen. Unter den Körperschaften befindet sich auch eine Anzahl von eingetragenen Genossenschaften. Das besonders ungünstige Deckungsverhältnis des Eigenkapitals zum Anlagevermögen unter ihnen erklärt zum Teil die niedrige Eigenkapitalquote der Körperschaften. Infolge der besonders gelagerten Haftungsverpflichtungen, denen die Genossenschaftsmitglieder unterliegen, hat die Deckungsquote für den Vermögensaufbau der Genossenschaften eine andere Bedeutung als dies für die Unternehmen der übrigen Rechtsformen der Fall ist.

## Banken, Versicherungen, Beteiligungsgesellschaften

Das Rohvermögen der Unternehmen dieses Wirtschaftsbereichs hat sich im Verlauf von drei Jahren seit dem 1. 1. 1963 um fast 3 Mrd. DM erhöht. Es betrug am 1. 1. 1966

## Vermögen und Schulden der Banken, Versicherungen und Beteiligungsgesellschaften

Bilanzposten	1963	1966	Veränderung in %	1963	1966
	Mill. DM			in % der Bilanzsumme	
Umlaufvermögen	6 444	9 168	+ 42	94,1	93,6
davon					
Vorratsvermögen	7	3	- 55	0,1	0,0
Betriebskapital	6 437	9 165	+ 42	94,0	93,6
Anlagevermögen	402	628	+ 56	5,9	6,4
davon					
Inländische Betriebsgrundstücke	38	43	+ 14	0,5	0,4
Maschinen und maschinelle Anlagen	2	3	+ 64	0,0	0,0
Sonstige Sachanlagen	22	59	+ 165	0,3	0,6
Finanzanlagen	340	522	+ 54	5,0	5,3
<b>Aktiva</b>	<b>6 846</b>	<b>9 796</b>	<b>+ 43</b>	<b>100</b>	<b>100</b>
Fremdkapital					
Schulden und sonstige Abzüge	6 474	9 355	+ 44	94,6	95,5
Eigenkapital	372	442	+ 19	5,4	4,5
davon					
Schachtelbeteiligungen	37	37	+ 0	0,5	0,4
Einheitswert	335	405	+ 21	4,9	4,1
<b>Passiva</b>	<b>6 846</b>	<b>9 796</b>	<b>+ 43</b>	<b>100</b>	<b>100</b>
Zahl der Unternehmen	452	570	+ 26	.	.

9,8 Mrd. DM. Entscheidend für diese Erhöhung war die erhebliche Ausdehnung des Kreditgeschäftes. Auf das Betriebskapital entfielen in diesem Wirtschaftsbereich weiterhin 94% der Bilanzsumme. Das Anlagevermögen der Banken und Versicherungen besteht zu etwa 5/6 aus Finanzanlagen; die übrigen Besitzposten fallen demgegenüber nicht ins Gewicht.

Die Passivseite der Bilanz ist durch den besonders hohen Anteil des Fremdkapitals an der Bilanzsumme gekennzeichnet. Bedingt durch die Hauptaufgabe der Banken, herein-

genommene Gelder dem Wirtschaftsprozess in Form von Krediten wieder zuzuführen, beträgt der Anteil der Schulden und sonstigen Abzüge 96% der Bilanzsumme. Mit der starken Zunahme der Verschuldung hat die Ausdehnung der Eigenkapitalquote seit 1963 nicht Schritt halten können. Der Anteil des Eigenkapitals an der Bilanzsumme ging zwischen den beiden letzten Hauptfeststellungszeitpunkten um fast 1% zurück.

Dipl.-Volksw. Klaus Scheithauer

Vergleiche auch: "Einheitswerte und Bilanzstruktur der gewerblichen Unternehmen am 1. 1. 1963" in Stat. Monatsh. S.-H. 1966, S. 66 (März)

## Die Baumschulen und ihre Pflanzenbestände 1968

Im Juli eines jeden Jahres werden sämtliche Betriebe, die sich mit der Anzucht von Obstgehölzen, Ziergehölzen, Rosen oder Forstpflanzen befassen, nach den Pflanzenbeständen und nach den Baumschulflächen befragt. Die Ergebnisse der Baumschulerhebung 1968 - Pflanzenbestände und Flächen - werden nachstehend erläutert.

Vorweg sollen jedoch die Ergebnisse einer Auszählung der Baumschulen nach Art und Größe im Jahre 1967 dargestellt werden<sup>1</sup>.

### Die Baumschulen nach Art und Größe 1967

1967 wurden in Schleswig-Holstein 1 286 Baumschulen erfaßt. 1961 waren es 1 097 gewesen und 1950 nur 939 Betriebe. Die Zunahme der Zahl der Betriebe dürfte zu einem beträchtlichen Teil auf besserer Erfassung der sogenannten "Kostbetriebe" beruhen, denn es hat sich vor allem die Zahl der Betriebe mit weniger als 0,5 ha LN erhöht.

Trotz der scheinbar größeren Zahl von Betrieben läßt sich aus der Gegenüberstellung

der Ergebnisse von 1961 und 1967 bei den Forstbaumschulen ein rückläufiger Trend erkennen. Dieser wird in den abnehmenden Forstbaumschulflächen, vor allem in den mittleren Betriebsgrößenklassen deutlich. Die sehr stark rückläufige Zahl an Forstgehölzen 1968 unterstreicht diesen Trend.

Bei den Gemischtbaumschulen und noch mehr bei den reinen Hochbaumschulen ist eine weitere Aufwärtsbewegung zu erkennen, sowohl in der Zahl der Betriebe, als auch in der Fläche. Es ist zu vermuten, daß ein Teil früherer reiner Forstbaumschulen jetzt zusätzlich Ziergehölze, vielleicht auch Obstgehölze heranzieht und damit als Gemischtbaumschule zählt und außerdem ein Teil damaliger Gemischtbaumschulen sich heute auf Ziergehölze oder Obstgehölze spezialisiert hat und daher als reine Hochbaumschule zählt.

Die Baumschulen nach Art und Größe 1967

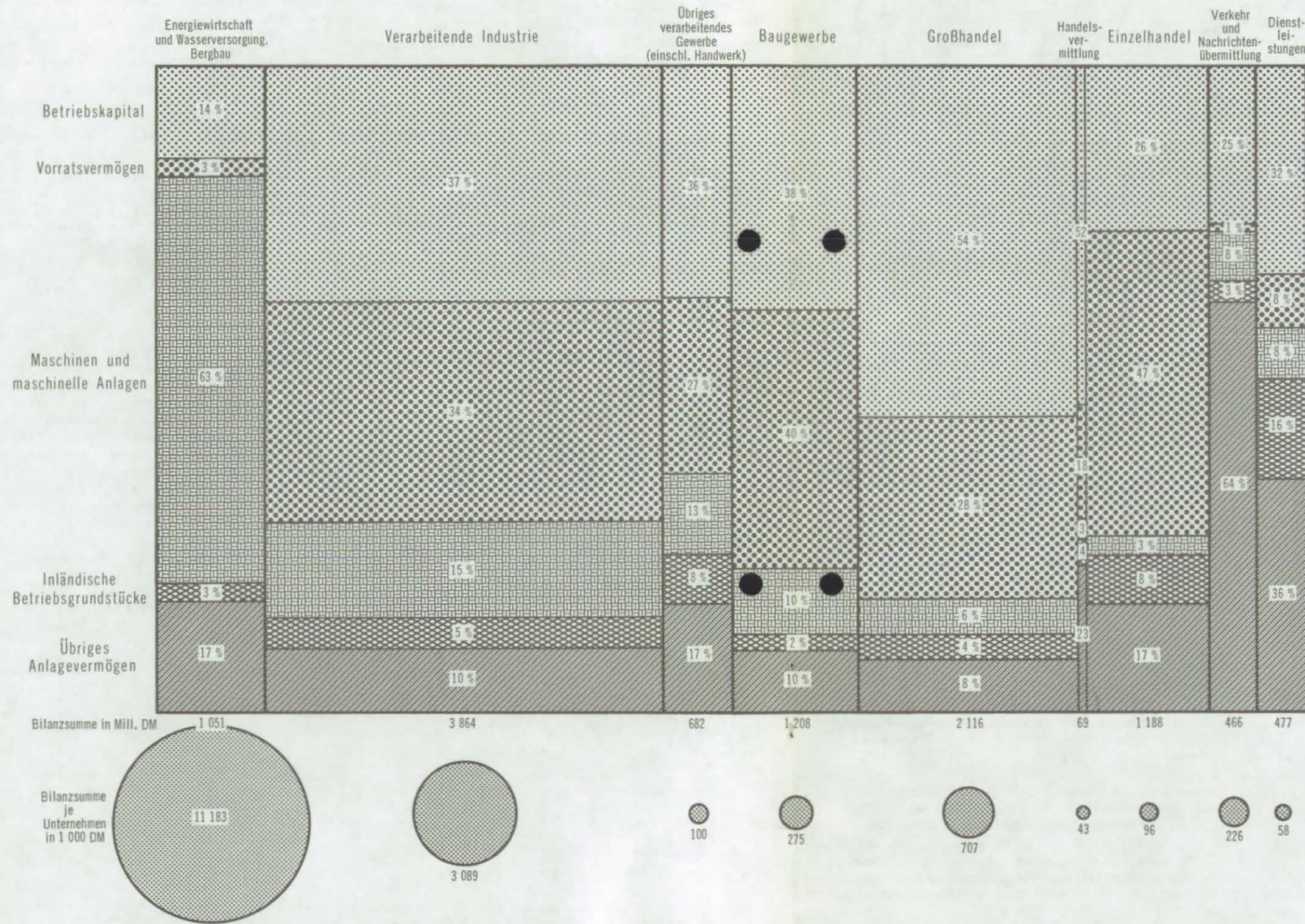
Landwirtschaftliche Nutzfläche (ha)	Reine Forstbaumschulen		Gemischtbaumschulen			Reine Hochbaumschulen (Ziergehölze und Obstgehölze)		Baumschulbetriebe insgesamt
	Zahl der Betriebe	Forstbaumschulfläche ha	Zahl der Betriebe	Forstbaumschulfläche ha	Hochbaumschulfläche ha	Zahl der Betriebe	Hochbaumschulfläche ha	
unter 0,5	241	26	37	3	4	73	12	351
0,5 - 1	39	19	31	8	9	51	21	121
1 - 2	36	38	76	39	42	74	70	186
2 - 5	38	56	146	123	181	123	248	307
5 - 7,5	6	14	43	77	103	40	115	89
7,5 - 10	7	19	30	56	78	34	134	71
10 - 20	11	81	41	114	175	49	196	101
20 und darüber	10	199	28	205	343	22	438	60
<b>1967 insgesamt</b>	<b>388</b>	<b>452</b>	<b>432</b>	<b>625</b>	<b>935</b>	<b>466</b>	<b>1 234</b>	<b>1 286</b>
dagegen								
1961	301	556	422	891	881	374	878	1 097
1950	(188)	(190)	316	638	615	435	649	939

1) Eine entsprechende Aufbereitung gibt es für 1961; das Ergebnis wurde veröffentlicht im Statistischen Bericht CO/Gartenbauerhebung

1961 - 7 vom 8. 1. 1965 "Die Betriebsverhältnisse im Obst-, Gemüse- und Gartenbau Schleswig-Holsteins", S. 45, Übersicht 38

# DIE BESITZPOSTEN IN DER GEWERBLICHEN WIRTSCHAFT

Ergebnisse der Einheitsbewertung des Betriebsvermögens auf den 1. 1. 1966



Die Darstellung soll einen Einblick in die Bilanzstruktur der gewerblichen Wirtschaft Schleswig-Holsteins vermitteln. Sie beschränkt sich dabei auf die Besitzposten, oder anders ausgedrückt auf die Aktivseite der Bilanz. Üblicherweise wird zwischen Anlagevermögen und Umlaufvermögen unterschieden. Zum **Anlagevermögen** gehören im wesentlichen Grundstücke, Gebäude, Maschinen und Geräte. Zum **Umlaufvermögen** rechnet man einerseits Zahlungsmittel und Forderungen (sog. Betriebskapital), andererseits Vorräte aller Art wie Waren, Rohstoffe, Halbfertig- und Fertigerzeugnisse.

In der Gesamtbilanz der gewerblichen Wirtschaft entfällt etwa ein Drittel der Bilanzsumme (34,9%) auf das Anlagevermögen. Es verbleiben somit zwangsläufig zwei Drittel für das Umlaufvermögen. Der Posten "Betriebskapital" – rund 36% der Aktiva – ist gewichtiger als die Vorräte, die knapp 29% ausmachen. Ergänzend ist hier zu vermerken, daß gut ein Drittel – nämlich 36,5% – der Bilanzsumme Eigenkapital sind. Das Anlagevermögen (34,9%) ist also durch Eigenkapital gedeckt. Darüber hinaus ist festzustellen, daß sich die wesentlichen Bilanzrelationen in der gewerblichen Wirtschaft von 1963 bis 1966 nicht nennenswert geändert haben.

Das Verhältnis von Anlage- zu Umlaufvermögen differiert allerdings erheblich von Wirtschaftsbereich zu Wirtschaftsbereich. Wie man aus der grafischen Darstellung ersehen kann, gehört die Energiewirtschaft mit 83% Anteil des Anlagevermögens eindeutig zum anlageintensiven Sektor, durch hohe Anlageintensität (75%) zeichnet sich ferner "Verkehr und Nachrichtenübermittlung" aus. Demgegenüber ist in den Bilanzen des Großhandels der "flüssige" Bestandteil "Betriebskapital" (mit 54% der Aktivposten) vorherrschend. Das Anlagevermögen macht hier nur 18% aus.

## Die Pflanzenbestände 1968

Die Ergebnisse der Baumschulerhebung 1968 sind in vielen Fällen von einer sinkenden Nachfrage beeinflusst. Die Absatzschwierigkeiten und unzureichenden Preise beim Obst in den Vorjahren haben zweifellos die Nachfrage an Obstgehölzen von seiten der Erwerbsobstbaubetriebe sinken lassen. Mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten haben auch die Forstbetriebe zu kämpfen - insbesondere durch niedrige Holzpreise, die sich durch die Sturmschäden der letzten Jahre besonders auswirkten. Die Nachfrage von seiten der staatlichen Forstbetriebe und der öffentlichen Hand für Landschaftsgestaltung (Windschutz u. ä.) ging infolge Finanzknappheit ebenfalls zurück. Außerdem gingen viele Forstbetriebe zur eigenen Anzucht von Forstgehölzen und - aus betriebswirtschaftlichen Gründen - zu weiteren Pflanzabständen über, wodurch die Nachfrage bei den Baumschulen nochmals sank.

Gegenüber dem Vorjahr gingen sowohl die Bestände an veredelten und heranwachsenden Obstgehölzen als auch an Rosenunterlagen und Ziergehölzen zurück. Ganz besonders stark nahmen die Forstpflanzenbestände ab.

### Obstgehölze

Die Bestände an veredelten Obstgehölzen gingen weiter zurück. Langfristig haben nur die Kirschenveredelungen und die Stachelbeerstämme annähernd ihren Stand gehalten.

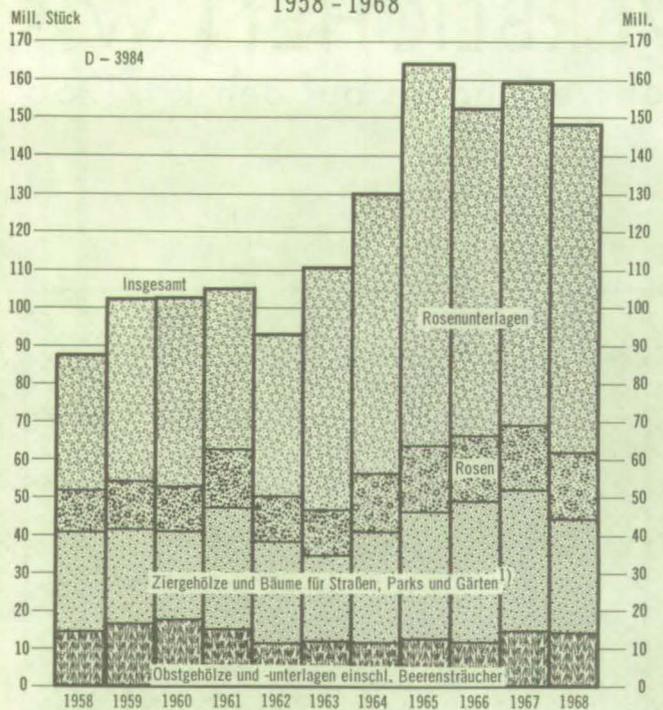
Nicht so stark scheint der rückläufige Trend bei den einjährigen Veredelungen zu sein. Bei den Äpfeln auf Sämlingen und Birnen auf Sämlingen deutet sich hier eine Aufwärtsentwicklung an. Auch bei einigen Apfeltypen liegen die Bestände noch über dem Durchschnitt der vorhergehenden sechs Jahre. Ebenso sind die Bestände an einjährigen Kirschenveredelungen überdurchschnittlich groß. Besonders bei den Sauerkirschen zeigt sich 1968 eine deutliche Aufwärtsbewegung.

Die Bestände an Obstunterlagen waren zusammengenommen kaum größer als im Vorjahr. Während die Zahl der Apfel- und Birnensämlinge nochmals erheblich anstieg, nahmen die Bestände an *Prunus avium*, Pfirsichsämlingen und sonstigen *Prunus*-arten gegenüber 1967 ab. Lediglich *Prunus mahaleb* wurden nochmals mehr nachgewiesen.

### Ziergehölze

Bei den Ziergehölzen wurden 1968 erstmalig neben den verkaufsfertigen auch die heran-

## Die Bestände an Obst- und Ziergehölzen in den Baumschulen 1958 - 1968



1) ab 1964 einschl. Pappeln, ohne heranwachsende Ziergehölze

wachsenden Gehölze erfragt. Da nicht auszuschließen ist, daß in den Vorjahren in den nachgewiesenen Beständen in einem gewissen Umfang auch heranwachsende Gehölze enthalten sind, ist ein Vergleich der 1968 ermittelten Bestände an verkaufsfertigen Gehölzen mit früheren Zahlen unsicher.

Allgemein scheint jedoch die Zahl der Laub- und Nadelbäume für Straßen, Parks und Gärten zurückzugehen. Eindeutig zugenommen haben gegenüber 1967 die Bestände an verkaufsfertigen Nadelholz-Heckenpflanzen, Rhododendron und Freilandazaleen.

Neu aufgenommen wurden 1968 auch Fragen nach dem Umfang der Container-Anzuchten bei einer Reihe von Ziergehölzen. Insgesamt gaben 80 Betriebe Container an. Die größte Zahl von Betrieben hatte niedrigbleibende Nadelgehölze in Containern, danach folgen, gemessen an der Zahl der Betriebe, die sich mit Containern befassen, die Anzuchten von laubabwerfenden Ziersträuchern und "sonstigen immergrünen Ziergehölzen und Moorbeetpflanzen".

Gemessen an dem Anteil der Container an der Gesamtzahl der Pflanzen stehen die niedrigbleibenden Nadelgehölze mit 30% ebenfalls weit an der Spitze. Es folgen die "sonstigen immergrünen Ziergehölze und Moorbeetpflanzen" mit 14%, Rhododendron mit 8% und die laubabwerfenden Ziersträucher mit 6%.

Gehölzart	Pflanzenbestand			Betriebe mit Containern
	insgesamt	darunter in Containern		
	Anzahl	%		
Laubabwerfende Ziersträucher (ohne immergrüne Gehölze, Heckenpflanzen und Rosen), verkaufsfertig	11 833 438	740 560	6,3	52
Heckenpflanzen (ohne Forstpflanzen)				
Laubgehölze in halbweitem und weitem Stand, verkaufsfertig	7 425 006	46 850	0,63	9
Nadelgehölze, verkaufsfertig	1 755 520	78 320	4,5	19
Nadelgehölze (ohne Heckenpflanzen)				
niedrigbleibend (einschließlich Zwergformen) verpflanzt, verkaufsfertig	1 861 881	553 996	29,8	53
hochwachsend, verpflanzt, verkaufsfertig	1 051 417	42 836	4,1	22
Rhododendron, vor 1967 vermehrte oder veredelte Pflanzen	252 445	19 500	7,7	6
Sonstige immergrüne Ziergehölze und Moorbeetpflanzen mit zwei- und mehrjährigem Trieb	2 580 375	367 620	14,2	38
Buschrosen, großblumig (vorjährige Veredlungen)	6 843 530	11 100	0,16	5
Polyantharosen (vorjährige Veredlungen)	9 293 760	26 500	0,29	5

### Rosen und Rosenunterlagen

Die Bestände an veredelten Rosen nahmen gegenüber 1967 um 3% zu, vor allem die Bestände an großblumigen Buschrosen. Wieder rückläufig war die Anzucht von Rosenstämmen.

Container werden bei Rosen noch nicht in größerem Umfang verwendet.

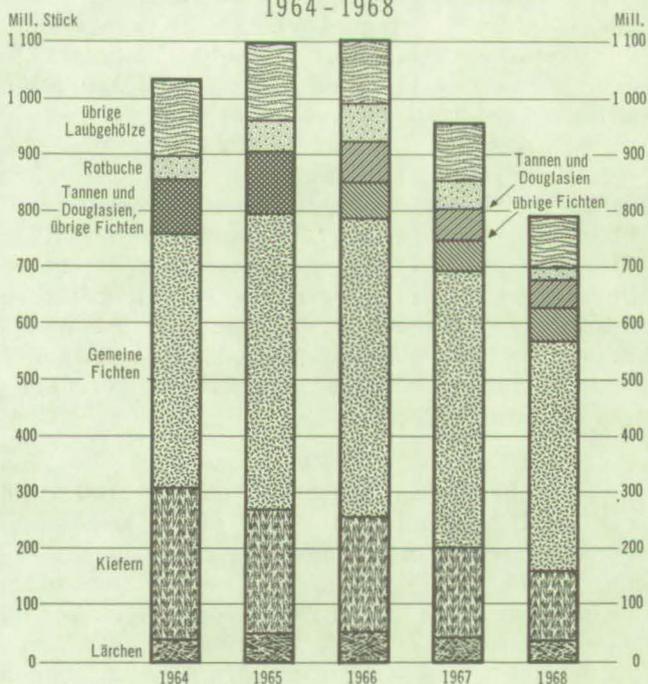
Von den Rosenunterlagen hatten 1968 nur die Edelcanina nochmals höhere Bestände, während von den übrigen Rosenunterlagen wesentlich geringere Bestände nachgewiesen wurden.

### Forstpflanzen

Die Forstpflanzenanzucht wurde 1968 wesentlich eingeschränkt. Das zeigt sich vor allem an den kleineren Beständen bei einjährigen Sämlingen. Mehrjährig verpflanzte Gehölze waren dagegen häufig noch im Übermaß vorhanden. Betroffen sind von diesem Rückgang vor allem die Rotbuche, die Weißbuche, Bergahorn und die Esche, aber auch Stiel- und Traubeneiche. Bei den Nadelholzpflanzen zeigt sich der rückläufige Trend vor allem bei der Gemeinen Fichte und der Gemeinen Kiefer (insbesondere Tieflandkiefer) daneben aber auch bei der Douglasie, den anderen Kiefern und den Lärchen.

D - 3985

Die Bestände an Forstgehölzen in den Baumschulen 1964 - 1968



Dr. Matthias Sievers

Vergleiche auch: "Baumschulen" in Stat. Monatsh. S.-H. 1968, S. 42 (Februar)

## Die Gewitterhäufigkeit in Schleswig-Holstein

von Dr. Rudolf Knepple, Wetteramt Schleswig

Gewitter sind keineswegs seltene, wohl aber oft recht eindrucksvolle Wettererscheinungen. Dank der Hilfsmittel der modernen Technik haben Gewitter viel von den Schrecken verloren, die sie noch unseren Vorfahren

einflößten. Blitzschutzanlagen sichern heute Haus und Hof weitgehend vor den Gefahren von Gewittern. Dennoch kommt es auch jetzt noch gelegentlich vor, daß Großbrände auf dem Lande durch Gewitter verursacht werden,

und manchmal werden auch Menschen im Freien und Vieh auf den Weiden vom Blitz erschlagen. Es mag somit ein gewisses Interesse dafür bestehen, einiges über diese Naturerscheinung und die Häufigkeit ihres Vorkommens im Lande zu erfahren, und es wurde deshalb versucht, anhand des beim Wetteramt Schleswig vorliegenden Beobachtungsmaterials die Häufigkeit der Gewittertage und ihre regionale Verteilung zu untersuchen.

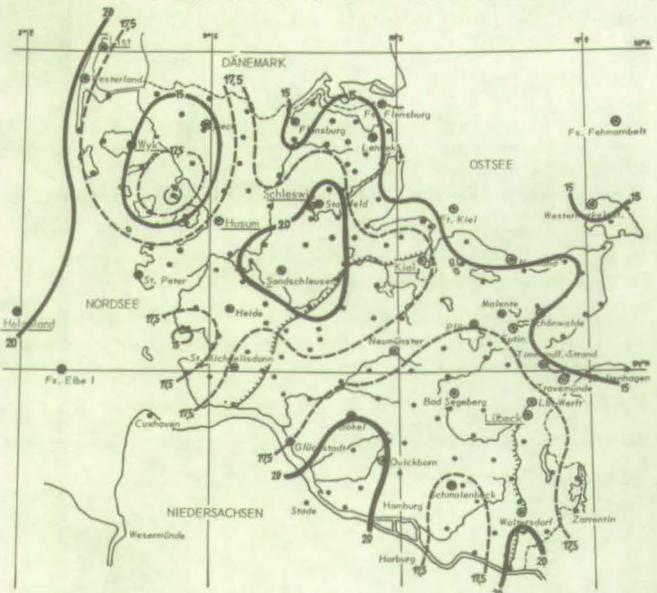
Zur Bearbeitung wurden die Beobachtungen von 53 Stationen (Klimastationen und Niederschlagsstationen) herangezogen, von denen man annehmen darf, daß sie gewissenhaft und möglichst lückenlos gemacht worden sind. Dabei trifft nicht immer den Beobachter die Schuld, wenn einmal ein Gewitter nicht aufgezeichnet worden ist. Insbesondere nachts kann es schon einmal vorkommen, daß ein solches nicht wahrgenommen wird, wenn es nicht stark genug in Erscheinung tritt. Auch "Ferngewitter", die in mehr als 3 km Entfernung an einem Ort vorbeiziehen, entziehen sich manchmal der Aufmerksamkeit der Beobachter, gelegentlich auch tagsüber. Gleiches trifft auch für einzelne Blitzschläge bei Schauerwetterlagen zu. Man muß dies wissen, um die Beobachtungsergebnisse richtig einschätzen zu können, und wenn man es weiß, wird man sich nicht sehr darüber wundern, wenn an einer mit Fachpersonal besetzten Dienststelle des Deutschen Wetterdienstes unter Umständen mehr Gewittertage beobachtet werden als an einer nebenamtlichen Station der Umgebung. Hier ist das Beobachtungsmaterial eben nicht mehr "homogen", weil es nicht unter gleichen Voraussetzungen gewonnen wird.

Bearbeitet wurde der Zeitraum 1957 bis 1965 (9 Jahre). Berechnet wurde für jede Station die mittlere monatliche und jährliche Anzahl von Gewittertagen, wobei unter einem Gewittertag ein Tag verstanden wird, an dem mindestens ein Gewitter beobachtet wurde. Aber auch Tage mit mehreren Gewittern zählen als ein Gewittertag, so daß deren Anzahl stets kleiner ist als die Zahl der Gewitter selbst.

Die mittlere jährliche Anzahl von Gewittertagen ist in Bild 1 für die Periode 1957 bis 1965 dargestellt. Man erkennt leicht drei Gebiete, wo die Gewittertage mit mehr als 20 im Jahr besonders häufig sind:

1. Ein großes Gebiet südwestlich von Schleswig, wo die feuchtmoorigen Niederungen der Treene und Eider zur Schleswiger Geest hin allmählich ansteigen,
2. die Grafschaft Rantzau, ebenfalls ein Gebiet, in dem die feuchtmoorigen Niederungen der Krückau und Pinnau zu den höher gelegenen,

## Gewittertage in Schleswig - Holstein im Durchschnitt der Jahre 1957 - 1965



ebenfalls vielfach moorigen Landschaften der Nützener Heide und Kisdorfer Wohld allmählich ansteigen,

3. die zwischen den Höhenzügen des Herzogtums Lauenburg und den mecklenburgischen Höhenrücken gelegenen Niederungen am Elbe-Travekanal, dem Mühlenbach und der Boize, die hier dicht benachbart in die Elbe münden.

In allen diesen Fällen grenzen in der Hauptrichtung feucht-warmer Winde (Südwestwinde) feuchte Niederungen an dahinter liegende Höhenzüge, wobei dann die Gewitterbildung durch die sich an den Hanglagen ausbildende Luftzirkulation besonders begünstigt wird.

Diesen Gebieten mit mehr als 20 Gewittertagen im Jahr stehen andererseits Gebiete gegenüber, wo Gewittertage verhältnismäßig selten sind. Besonders trifft dies für die Inselwelt der Halligen und für die nordfriesische Marschenlandschaft auf dem benachbarten Festland zu. Auf der kleinen Insel Nordstrandischmoor beträgt die mittlere Anzahl von Gewittertagen im Jahr knapp 10. Weniger als 15 Gewittertage im Jahr werden ferner an der Dithmarscher Bucht, entlang der Ostseeküste und an der Flensburger Förde, also vornehmlich an der See beobachtet, wo über dem meist kühleren Wasser die im Binnenland erwärmten und in den Gewittern hochschießenden Luftmassen wieder absinken und den Gewittern dadurch die zu ihrer Unterhaltung notwendige Energie entziehen.

Mit nur gebietsweise wenig mehr als 20 Gewittertagen im Jahr ist Schleswig-Holstein eines der gewitterärmsten Länder in der Bundesrepublik. Freilich ist ihre Anzahl im übrigen Norddeutschland, mit Ausnahme der

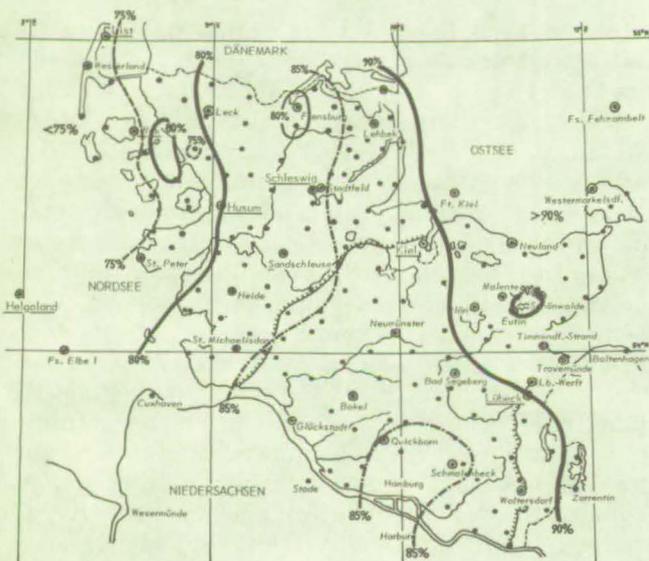
Mittelgebirge, auch nicht viel größer, während in Süddeutschland im Jahresdurchschnitt vielerorts mehr als doppelt so viel und vereinzelt sogar mehr als 50 Gewittertage im Jahr vorkommen.

In den Monaten Januar bis März sind Gewitter in ganz Schleswig-Holstein nur sehr seltene Ereignisse. Besonders häufig kommen dagegen Gewitter im Sommerhalbjahr, insbesondere von Mai bis September vor. Dabei ist es interessant festzustellen, daß der Anteil der in diesen Monaten vorkommenden Gewittertage an der Gesamtzahl der Gewittertage im Jahr von etwa 75% im Nordwesten des Landes auf mehr als 90% im Osten und Südosten zunimmt (Bild 2).

D - 3987

### Anteil der Sommergewitter

Gewittertage im Mai - September in % der Gewittertage im Jahr



Unter den Monaten Mai bis September weisen wiederum mit Abstand die Monate Juli und August die größte Anzahl von Gewittertagen auf.

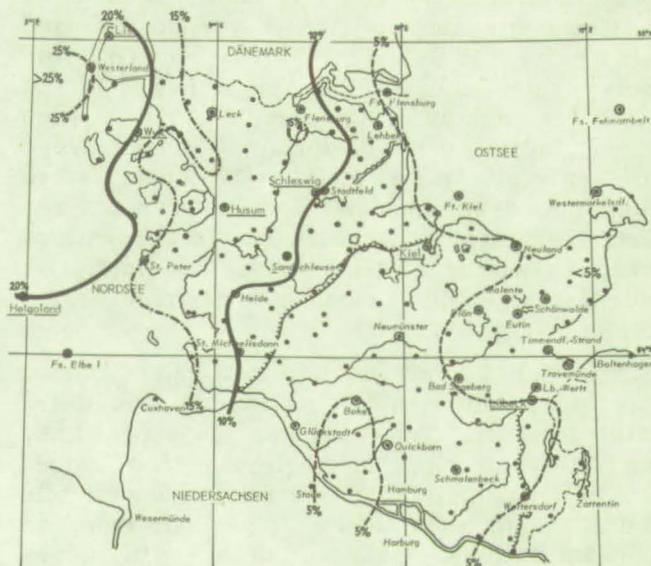
Ebenso bemerkenswert wie die Tatsache, daß der prozentuale Anteil der Sommergewitter vom Nordwesten zum Osten und Südosten des Landes hin zunimmt, ist die Feststellung, daß Gewitter in den Herbstmonaten Oktober bis Dezember an der Nordsee viel häufiger vorkommen als an der Ostsee und überhaupt im Osten des Landes. Ihr Anteil in den Monaten Oktober bis Dezember an der Gesamtzahl der Gewittertage im Jahr nimmt von 25% auf der Insel Sylt auf weniger als 5% im Osten und Süden des Landes und auf nur 3% auf der Ostseeinsel Fehmarn ab (Bild 3).

Die Ursache für das regional so verschiedene Verhalten im Sommer und im Herbst ist in dem unterschiedlichen Verhalten der Temperatur über Land und über See zu suchen.

D - 3988

### Anteil der Wintergewitter

Gewittertage im Oktober - Dezember in % der Gewittertage im Jahr



Bis in den Juli hinein ist die See gegenüber dem Binnenland am Tage verhältnismäßig kühl. Die feuchten, im Sommer oft von der Nordsee zum Land hin wehenden Seewinde werden im Binnenland Schleswig-Holsteins in ihren unteren Schichten erwärmt, und bei geeigneter thermisch "feuchtlabiler" Schichtung der Atmosphäre kommt es dann zu oft stürmisch verlaufenden Umlagerungen und dabei zur Ausbildung von Gewittern. Die bei diesen Vorgängen bis in große Höhen aufsprudelnden Luftmassen sinken dann in einem großräumigen Zirkulationsvorgang über den benachbarten kühlen Meeren wieder ab; die Gewitter und auch die Wolken lösen sich dabei auf und es herrscht dann hier oft gleichzeitig heiteres und sonniges Wetter. Fast umgekehrt verhält es sich in den Herbstmonaten. In dieser Jahreszeit hat sich das Binnenland Schleswig-Holsteins schon stark abgekühlt, während das Wasser, besonders der Nordsee noch recht warm ist. Voraussetzung dafür, daß es in diesen Monaten zu Gewittern kommt, ist wiederum, daß die beteiligten Luftmassen thermisch "feuchtlabil" geschichtet sind. Dies ist in dieser Jahreszeit häufig bei Luftmassen der Fall, die aus polnahen Gegenden stammen und die auf einem hinreichend weiten Weg über den atlantischen Ozean, etwa von Grönland oder von Alaska nach Europa, in ihren unteren Schichten erwärmt worden sind. Innerhalb solcher Luftmassen kommt es dann leicht zu Umlagerungen und dabei oft zu Gewittern. Vor der Westküste Schleswig-Holsteins können in solchen Luftmassen Gewitter auch durch die nachts vom Land zur See wehenden Winde (Landwinde) ausgelöst werden; deshalb kommen hier im Gegensatz zum Sommer Gewitter nachts und frühmorgens

häufiger vor als tagsüber. Auf ihrem weiteren Wege über das Binnenland Schleswig-Holsteins, das kälter als die See ist, kühlen sich diese Luftmassen dann von unten her ab; es wird also keine zur Aufrechterhaltung der Gewitter notwendige Energie mehr zugeführt, und die Gewittertätigkeit klingt dann ab. Auch wenn diese Luftmassen auf ihrem weiteren Wege zur ebenfalls noch meist wärmeren Ostsee kommen, erwärmen sie sich in ihren unteren Schichten nicht so schnell, daß die Gewittertätigkeit wieder auflebt, so daß die Häufigkeit der Herbstgewitter auch an der Ostsee gering bleibt.

Schließlich kommt es in den Monaten Januar bis März nur deshalb selten zu Gewittern, weil jetzt die Temperaturen zwischen Land und Meer ziemlich ausgeglichen sind und es so kalt ist, daß auch thermisch feuchtlabile Luftmassen nicht mehr genügend erwärmt werden können. Wenn es dennoch in diesen Monaten gelegentlich einmal zu einem Gewitter kommt, dann handelt es sich meist um advective Vorgänge, wo Umlagerungen in der Atmosphäre zum Beispiel durch das stürmische Vordringen kalter Luft aus polnahen Breiten in feuchtwarme und labil geschichtete Luftmassen hier wie auch anderenorts ausgelöst werden können.

Aus den vorstehenden Darlegungen geht bereits hervor, daß es vornehmlich auf die Schichtung der über uns liegenden Luftmassen bis hinauf in große Höhen ankommt, ob sich Gewitter bilden können oder nicht. Diese Beschaffenheit der Atmosphäre hängt wiederum von der Herkunft und der Lebensgeschichte der beteiligten Luftmassen und damit von der jeweils herrschenden Wetterlage ab. Es wurde anhand des vorliegenden Beobachtungsmaterials deshalb auch untersucht, bei welchen der hauptsächlich vorkommenden "Großwetterlagen" Gewitter häufiger und weniger häufig vorkommen. Unter diesen sollen nachfolgend nur diejenigen ausgewählt werden, bei denen Gewitter verhältnismäßig häufig vorkommen, und diese sollen auch nur soweit erläutert werden, als es zum Verständnis notwendig ist.

Am häufigsten kommen Gewittertage bei "Südlagen" vor. Darunter versteht man eine Großwetterlage, bei der an der Ostflanke eines über dem Ostatlantik gelegenen Tiefdruckgebietes oder auch eines über Westeuropa gelegenen Tiefdrucktroges feuchtwarme Luftmassen aus Südeuropa oder vom subtropischen Atlantik herangeführt werden. Im Jahresdurchschnitt kommt es dabei an fast 17% der Tage, an denen diese Großwetterlage herrscht, zu Gewittern. Dabei weist die Häufigkeit des Vorkommens von Gewittertagen einen ausgeprägten jährlichen

Gang auf. Im Winter sind bei dieser Großwetterlage Gewitter selten. Jedoch schon im April und im Mai kommt es an fast 20% dieser Tage zu Gewittern und im Juli und im August beträgt ihr Anteil rund 40%. Danach nimmt ihre Häufigkeit zum Herbst rasch wieder ab.

Einen ähnlichen jahreszeitlichen Verlauf haben die Gewittertage bei "Südwestlagen". Bei dieser Großwetterlage werden um ein Tiefdruckgebiet über dem Atlantik und an der Nordflanke einer Zone hohen Luftdrucks, die von Rußland bis in das Seegebiet südlich der Azoren reicht, ebenfalls meist recht warme und feuchte Meeresluftmassen herangeführt. Im Jahresdurchschnitt sind rund 12% der Tage, an denen diese Wetterlage herrscht, Gewittertage. Im Juli beträgt der Anteil der Gewittertage 26%, im August 30%.

Nicht viel geringer ist im Jahresdurchschnitt der Anteil der Gewittertage auch bei "Westwetterlagen". Diese Wetterlage kommt besonders häufig vor. Meist ziehen dabei, oft in rascher Folge, Tiefdruckgebiete vom Atlantik her in den skandinavischen Raum und dann weiter ost- oder nordostwärts. Im Wechsel zwischen teils milderer, teils kühleren Meeresluftmassen überqueren ihre Störungsfronten West- und Mitteleuropa. Im Jahresdurchschnitt kommt es dabei an fast 11% aller Tage zu Gewittern. Auch hier weist ihre Häufigkeit einen ausgeprägten jährlichen Gang auf. Von März an nimmt die Häufigkeit zum Sommer allmählich zu. Im Juli, August und September kommt es an rund 20% der Westwettertage zu Gewittern; danach nimmt die Gewittertätigkeit wieder ab.

Bemerkenswert ist die große Häufigkeit von Gewittertagen im Juli bei sogenannten "Nordlagen"; darunter versteht man eine Großwetterlage, bei der recht kühle Luftmassen an der Ostflanke von Hochdruckgebieten über dem Ostatlantik oder den britischen Inseln nach Mitteleuropa vordringen. Wenn solche oft bis in große Höhen sehr kalte Luftmassen wärmere und meist auch feuchtere Luftmassen verdrängen, die zuvor über Mitteleuropa lagen, werden dabei häufig Gewitter ausgelöst. Im Juli, in dem dieser Vorgang häufiger einmal stattfindet, beträgt der Anteil der Gewittertage an Tagen mit einer Nordlage 35%, also fast soviel wie bei Südlagen. In allen anderen Monaten ist ihr Anteil wesentlich geringer. Im Jahresdurchschnitt kommen Gewittertage in wenig mehr als 5% aller Fälle vor.

Auch bei der Großwetterlage "Hochdruckgebiet über Mitteleuropa" kommen im Jahresdurchschnitt noch an etwa 4% dieser Tage Gewitter vor. Dabei liegt Schleswig-Holstein allerdings

meist an der Nordflanke dieser Hochdruckgebiete in einer vorwiegend westlichen Luftströmung, und Ausläufer atlantischer Tiefdruckgebiete, die über Nordeuropa hinwegziehen, streifen oft noch unser Land. Dabei erreicht der Anteil der Gewittertage allerdings auch in den gewitterreichsten Monaten Juli und August nur wenig mehr als 10%.

Schließlich versteht man unter "Nordwestlagen" solche Großwetterlagen, bei denen zwischen einem meist ausgedehnten Tiefdruckgebiet über Nordosteuropa und einer Hochdruckzone, die häufig von Grönland über den Atlantik bis nach Südeuropa reicht, hochreichende Kaltluft vom Nordatlantik oder aus dem grönländischen Raum herangeführt wird.

Im Zusammenhang mit der Gewitterhäufigkeit ist diese Großwetterlage deshalb erwähnenswert, weil hier der größte Anteil an Gewittertagen mit fast 20% nicht in den gewitterreichsten Monaten Juli und August, sondern vielmehr im Oktober zu finden ist. Dies sind eben die schon an anderer Stelle erwähnten Großwetterlagen, bei denen Herbstgewitter, besonders im Nordseeküstengebiet häufig vorkommen.

Bei allen anderen möglichen und vorkommenden Großwetterlagen ist die Gewitterhäufigkeit gering und ihre Verteilung übers Jahr läßt auch keine sicheren Schlußfolgerungen zu. Sie sollen deshalb hier auch nicht besonders erwähnt werden.

## Öffentliche Haushaltsrechnungen 1967

(Land, Gemeinden und Gemeindeverbände)

### Allgemeine Entwicklung

Die Finanz- und Privatwirtschaft sind so eng miteinander verzahnt, daß sie sich gegenseitig beeinflussen. Die Entwicklung der Privatwirtschaft wirkt sich besonders auf die Einnahmen der öffentlichen Haushalte aus, während die Ausgabenseite unabhängiger ist, ja sogar entgegengesetzt wirken sollte. Dies hat sich 1966 und noch stärker 1967 gezeigt, als im Bundesgebiet eine konjunkturbedingte Abschwächung einsetzte. Die Zuwachsraten der Steuereinnahmen waren rückläufig, und die Ausgaben wurden nur mit Hilfe von zusätzlichen Investitionshaushalten auf dem bisherigen Niveau gehalten.

In den einzelnen Ländern war die Entwicklung selbstverständlich unterschiedlich. Ein Vergleich der zusammengefaßten Haushaltsrechnungen des Landes und der kommunalen Gebietskörperschaften zeigt, daß in Schleswig-Holstein die Entwicklung der Gesamtausgaben nicht wie im übrigen Bundesgebiet verlaufen ist. Das Land und die kommunalen Gebietskörperschaften wiesen nicht nur 1967, sondern bereits in den früheren Jahren geringe Zuwachsraten der Gesamtausgaben ihrer Haushalte nach. Dies dürfte nicht allein auf die niedrige Finanzkraft Schleswig-Holsteins zurückzuführen sein.

Die Veränderungen der Gesamtausgaben gegenüber dem Vorjahr zeigen folgendes Bild:

	1964	1965	1966	1967
Schleswig-Holstein	+ 12,5	+ 2,4	+ 2,8	- 1,2
Bundesgebiet	+ 10,6	+ 8,5	+ 5,8	

Die Gesamtausgaben betragen 1967 in Schleswig-Holstein - ohne Doppelbuchungen - 3,5 Mrd. DM.

Bei der Veränderung der Gesamtausgaben 1967 ist zu beachten, daß erstmalig durch ein neues Abrechnungsverfahren ca. 240 Mill. DM Bundesmittel für die Aufgabenbereiche "Ernährung, Landwirtschaft und Forsten", sowie "Wasserwirtschaft und Kulturbau" nicht im Landeshaushalt erfaßt wurden. Würden diese Mittel - wie bei den Vorjahresergebnissen - einbezogen, so ergäbe sich für 1967 eine, wenn auch geringe Wachstumsrate.

Die Personalausgaben sind an der Entwicklung der Gesamtausgaben wesentlich beteiligt. Dabei muß beachtet werden, daß die Zunahme der Personalausgaben nicht nur auf eine Anpassung der Vergütungen im öffentlichen Dienst an die allgemeine Gehalts- und Lohnentwicklung zurückzuführen ist, sondern den Mehraufwand für Stellenvermehrungen und Strukturverbesserungen einschließt.

Für rund 71 000 hauptberuflich Beschäftigte des öffentlichen Dienstes (ohne Eigenbetriebe und Sparkassen) wurden 1967 1,1 Mrd. DM Personalausgaben geleistet. Hinzu kommen knapp 230 Mill. DM Versorgungsleistungen. Die Zahl der Bediensteten nahm gegenüber dem Vorjahr um knapp 3% zu. Die Personalausgaben veränderten sich in Schleswig-Holstein gegenüber dem jeweiligen Vorjahr wie folgt:

1964	1965	1966	1967
+ 9,1	+ 15,1	+ 7,8	+ 5,4

Der Anteil der Personalausgaben an den Gesamtausgaben der öffentlichen Hand erhöhte sich von drei Zehnteln im Jahre 1964 auf fast vier Zehntel im Berichtsjahr.

Von besonderem Einfluß auf die gesamte wirtschaftliche Entwicklung sind die Ausgaben

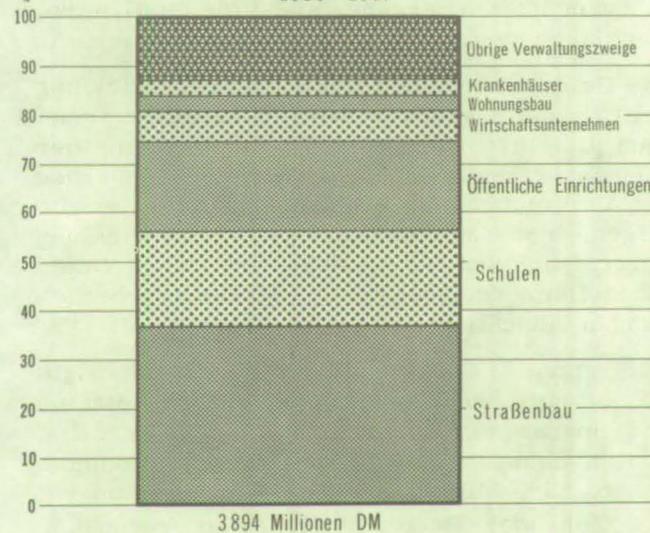
der öffentlichen Hand für Bauinvestitionen. Die in den Rechnungsergebnissen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände nachgewiesenen Bauinvestitionen geben Aufschluß über die Finanz- und Investitionskraft der Gebietskörperschaften.

462 Mill. DM wurden 1967 für die Bauten verschiedener Aufgabenbereiche investiert. Trotz mehrerer Konjunkturprogramme des Bundes, die 1967 in Kraft traten, ist auch in diesem Jahr ein weiterer Rückgang der Investitionen festzustellen. Ihre Abnahme betrug gegenüber dem Vorjahr 4,3%. Die Gemeinden und Gemeindeverbände sind Hauptträger der Bauinvestitionen, womit nichts über die Finanzierungen der Aufwendungen gesagt werden soll. Über acht Zehntel der Bauinvestitionen wurden 1967 in den Rechnungsergebnissen der kommunalen Gebietskörperschaften nachgewiesen. Seit 1950 wurden von den Gemeinden und Gemeindeverbänden knapp 4 Mrd. DM für Bauinvestitionen ausgegeben.

Die Entwicklung der Bauinvestitionen zeigt für Schleswig-Holstein bereits ab 1965 ein negatives Bild. Auch im Bundesgebiet ist eine Abschwächung der Investitionskraft deutlich

D - 3978

### Bauinvestitionen der Gemeinden und Gemeindeverbände 1950 - 1967



festzustellen, doch zeigen nachstehende Angaben bis 1966 noch geringe Zuwachsraten:

	1964	1965	1966	1967
Schleswig-Holstein	+ 17,4	- 1,2	- 4,3	- 4,3
Bundesgebiet	+ 21,2	+ 3,4	+ 0,3	

Trotz aller Hilfen des Bundes reicht die Finanzkraft Schleswig-Holsteins nicht aus, den Aufwendungen der anderen Länder für Investitionen auch nur annähernd gleichzukommen. Bereits 1964 erreichte Schleswig-Holstein den Bundesdurchschnitt nur zu 81%. In den folgenden Jahren (1966 = 74%) wurde der Abstand noch größer.

Die Steuern und der Länderfinanzausgleich bleiben die Hauptquellen zur Finanzierung aller Aufwendungen. 1,5 Mrd. DM Steuern konnten 1967 vereinnahmt werden. Sie finanzierten 43% der Gesamtausgaben. Während die Steuereinnahmen der Länder und Gemeinden des Bundesgebietes bereits 1965 Schwankungen ausgesetzt waren, blieb die Entwicklung in Schleswig-Holstein ziemlich konstant. Dies ist deswegen bemerkenswert, weil im allgemeinen einer Abschwächung der Wirtschafts- und Finanzkraft im Bundesgebiet eine gleichartige - wenn auch zeitlich spätere - Reaktion in Schleswig-Holstein folgt. Nach den vorliegenden Ergebnissen scheint für Schleswig-Holstein eine "Talfahrt" überbrückt zu sein.

Werden die Mittel des Länderfinanzausgleichs, die 1967 377 Mill. DM ausmachten, den Steuern hinzugerechnet, so ergibt es einen Betrag von 1,9 Mrd. DM. Sie finanzieren über die Hälfte aller Aufwendungen der öffentlichen Hand in Schleswig-Holstein.

### Aufwendungen für wichtige Aufgabenbereiche

Die Verteilung der öffentlichen Ausgaben auf die einzelnen Aufgabenbereiche zeigt ein von Jahr zu Jahr nur verhältnismäßig wenig verändertes Bild. Der finanzwirtschaftliche Spielraum läßt eine politisch bedingte "Bevorzugung" bestimmter Aufgaben nur selten zu.

### Entwicklung der Steuern

Jahr	Schleswig-Holstein		Bundesgebiet	Schleswig-Holstein in % zum Bundesdurchschnitt	
	Mill. DM	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %		Steuern	Steuern und Länderfinanzausgleich
				je Einwohner	
1964	1 268,2	+ 8,2	+ 7,9	71,0	89,3
1965	1 335,3	+ 5,3	+ 4,4	71,6	90,3
1966	1 423,3	+ 6,6	+ 7,5	70,6	88,8
1967	1 510,9	+ 6,2	+ 2,7	72,4	90,1

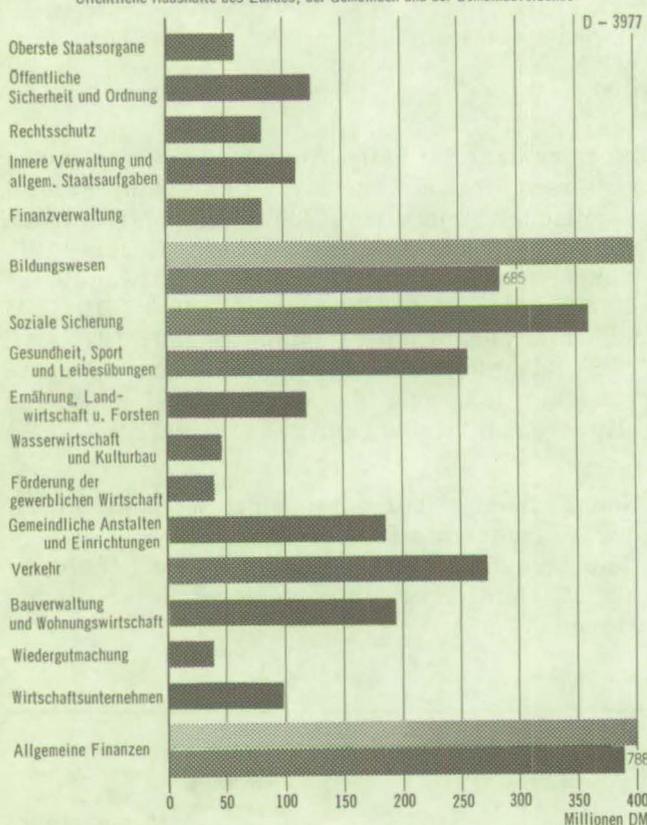
## Gesamtausgaben nach ausgewählten Aufgabenbereichen

Aufgabenbereich	Land, Gemeinden und Gemeindeverbände						Veränderung 1967 gegenüber 1966 in %
	1966			1967			
	Mill. DM	in %	Anteil der Gemeinden und Gemeinde- verbände <sup>1</sup> in %	Mill. DM	in %	Anteil der Gemeinden und Gemeinde- verbände <sup>1</sup> in %	
<b>Insgesamt</b>	<b>3 581,7</b>	<b>100</b>	<b>49,0</b>	<b>3 537,7</b>	<b>100</b>	<b>52,1</b>	<b>- 1,2</b>
darunter							
Bildungswesen	655,5	18,3	36,3	684,9	19,4	35,1	+ 4,5
Soziale Sicherung	337,1	9,4	74,0	359,9	10,2	71,9	+ 6,8
Gesundheit, Sport und Leibesübungen	231,8	6,5	78,0	256,4	7,2	79,2	+ 10,6
Verkehr	277,8	7,8	71,0	273,2	7,7	70,7	- 1,7
Allgemeine Finanzen	736,8	20,6	52,0	788,5	22,3	52,8	+ 7,0

<sup>1)</sup> gemessen an den Unmittelbaren Ausgaben

### Gesamtausgaben 1967 nach dem Aufgabenbereich

Öffentliche Haushalte des Landes, der Gemeinden und der Gemeindeverbände



Wo aber Schwerpunkte gesetzt wurden, z. B. beim Aufgabenbereich Bildungswesen, werden die Verschiebungen in der Funktionsstruktur erst bei einer Betrachtung längerer Zeiträume sichtbar.

Um knapp 30 Mill. DM oder beinahe 5% wurden die Mittel für das Bildungswesen gegenüber 1966 verstärkt. Reichlich sieben Zehntel (488 Mill. DM) dieses Aufgabenbereichs beanspruchten die allgemein- und berufsbildenden Schulen (einschließlich Ingenieurschulen).

Bei den Aufwendungen für das Bildungswesen ist zu beachten, daß nach der bundeseinheitlichen Methode ab 1963 Versorgungsaufwendungen, Rücklagenzuführungen und Schuldendienstleistungen nicht mehr bei diesem Bereich nachgewiesen werden. Diese Beträge belaufen sich 1967 schätzungsweise auf mindestens 180 Mill. DM. Sie sind beim Aufgabenbereich Allgemeine Finanzen zentral nachgewiesen. Zu diesen nicht beim Bildungswesen erfaßten Beträgen kommen noch etwa 4,3 Mill. DM aus dem Kapitel 01 des Kultusministeriums hinzu, die in der Finanzstatistik unter dem Aufgabenbereich Oberste Staatsorgane - Ministerien - erfaßt werden. Werden die vorstehenden Beträge den 685 Mill. DM (siehe Tabelle) zugerechnet, sind für das Bildungswesen 1967 etwa 869 Mill. DM aufgewendet worden. Diese Summe ergibt, gemessen am Bruttoinlandsprodukt Schleswig-Holsteins (17,3 Mrd. DM), einen Anteil des Bildungswesens von rund 5%.

Bei einer speziellen Auswertung für die Ergebnisse der Schulfinanzstatistik werden die vorstehenden "transitorischen Posten" auch dem Aufgabenbereich Unterricht zugeordnet. Dadurch ergeben sich für die Berechnung der je-Schüler-Beträge vollständigere Ergebnisse.

Es dürfte von Interesse sein, wieviel 1967 für einen Schüler der einzelnen Schularten und für einen Studierenden an der Kieler Universität durchschnittlich verausgabt worden sind:

Volks- und Sonderschüler	1 650 DM
Realschüler	1 850 DM
Gymnasiasten	2 700 DM
Berufsschüler	710 DM
Berufsfach- und Fachschüler	2 920 DM
Ingenieurschüler	4 590 DM
Studierende an der Kieler Universität	11 000 DM

Bei den vorstehenden Angaben ist zu beachten, daß es sich um Durchschnittswerte handelt, die nicht den sonst üblichen Grad der Genauigkeit bis zur letzten Stelle beanspruchen können, da nach den Unterlagen der Finanzstatistik eine genaue Zuordnung der Schüler zu den Aufwendungen nicht immer möglich ist.

360 Mill. DM wurden für den Aufgabenbereich Soziale Sicherung verausgabt. Davon entfielen 148 Mill. DM auf die Leistungen im Rahmen der Sozialhilfe und Kriegsopferfürsorge. Eine

nicht unerhebliche Zunahme der Empfänger von Hilfe in besonderen Lebenslagen sowie gestiegene Anstaltskosten sind überwiegend die Gründe für die um reichlich 7% gestiegenen Sozialhilfeleistungen.

Knapp 8% der Gesamtausgaben der öffentlichen Hand wurden für den Verkehr ausgegeben. Mit 273 Mill. DM (1966: 278 Mill. DM) sind die Aufwendungen leicht rückläufig (- 1,7%). Sicherlich werden die Leistungen für diesen Aufgabenbereich in den nächsten Jahren wieder ansteigen.

#### Ausgaben für den Straßenbau in Schleswig-Holstein

Gebietskörperschaft — Jahr	Unmittelbare Ausgaben <sup>1</sup>	Kraftfahrzeugsteuer		Kraftfahrzeugsteuer, Mineralölsteuer und Beförderungsteuer zusammen	
	Mill. DM	Mill. DM	% von Sp. 1	Mill. DM	% von Sp. 1
Land, Gemeinden und Gemeindeverbände					
1965	242,4	106,0	43,7	221,4	91,3
1966	255,8	116,2	45,4	191,8	75,0
1967	248,3	123,6	49,8	176,9	71,2

1) ohne Versorgung, Zinsen, Tilgungen, Zuführungen an Rücklagen, die beim Aufgabenbereich "Allgemeine Finanzen" nachgewiesen sind

Für das Straßennetz und die Straßenbaubehörden wurden 1967 248 Mill. DM verausgabt. Oft wird in der Öffentlichkeit die Auffassung vertreten, daß man für den Straßenbau erheblich höhere Aufwendungen tätigen könnte, wenn man die gesamte Kraftfahrzeugsteuer dafür zur Verfügung stellte. Die nachstehende Übersicht widerlegt eindeutig diese Auffassung. Das Kfz-Steueraufkommen 1967 in Höhe von 124 Mill. DM konnte nur die Hälfte der Aufwendungen für den Straßenbau finanzieren.

Im Aufgabenbereich Allgemeine Finanzen spiegelt sich die laufende und beträchtliche Belastung der Haushalte durch die gesamten Versorgungs- und Schuldendienstleistungen, die

hier zentral für alle Aufgabenbereiche nachgewiesen werden, wider. Über ein Fünftel sämtlicher Ausgaben (789 Mill. DM) wurden 1967 hier nachgewiesen. Von diesen Aufwendungen beansprucht der Bruttoschuldendienst (Zinsen und Tilgungen) 336,5 Mill. DM und die Versorgungsleistungen 230 Mill. DM. Der Schuldendienst weist eine Zuwachsrate von fast 18% auf. Er wird überwiegend aus allgemeinen Deckungsmitteln finanziert.

Nachstehende Übersicht zeigt, welcher Anteil der Einnahmen aus Steuern und dem Länderfinanzausgleich nötig wäre, um den Schuldendienst sämtlicher Aufgabenbereiche zu finanzieren (17,9%).

#### Schuldendienst 1967

	Land		Gemeinden und Gemeindeverbände		Zusammen		Finanzierung durch Steuern und Länder- finanzausgleich in %
	Mill. DM	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	Mill. DM	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	Mill. DM	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	
Schuldendienst	186,9	+ 13,3	149,6	+ 23,5	336,5	+ 17,6	17,9
Nettoschuldendienst <sup>1</sup>	154,2	+ 14,9	108,8	+ 29,8	263,0	+ 20,6	14,0

1) Schuldendienst abzüglich Zinseinnahmen und Rückflüsse von Darlehen

Der errechnete Nettoschuldendienst würde 14% der Einnahmen aus Steuern und dem Länderfinanzausgleich beanspruchen.

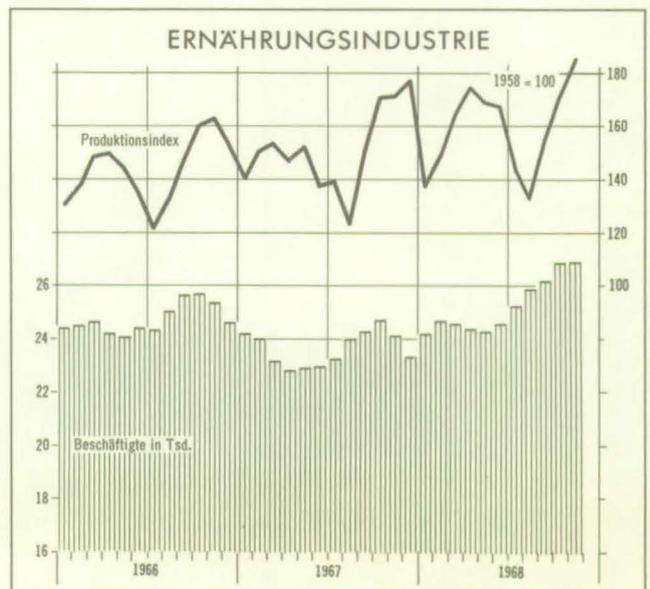
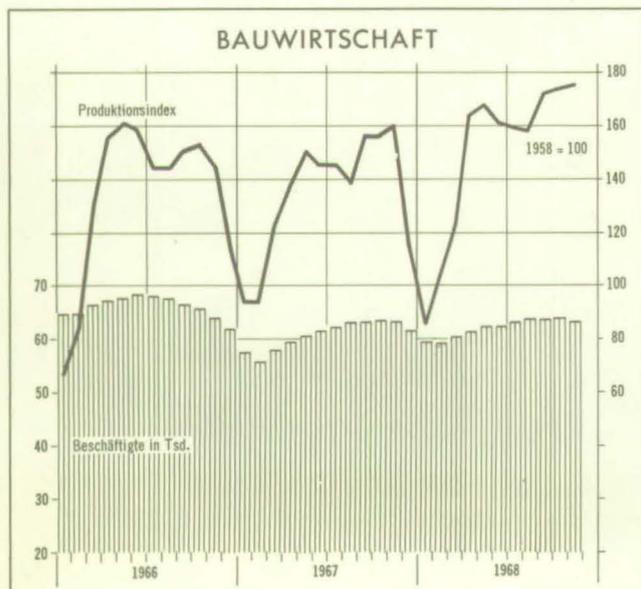
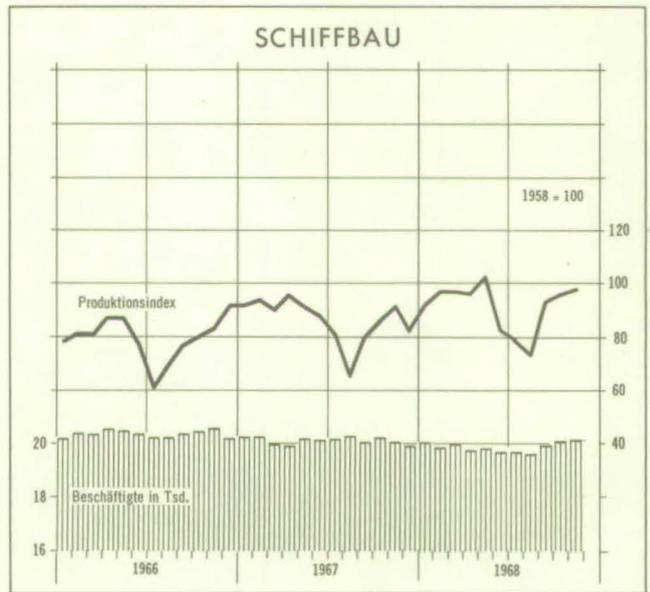
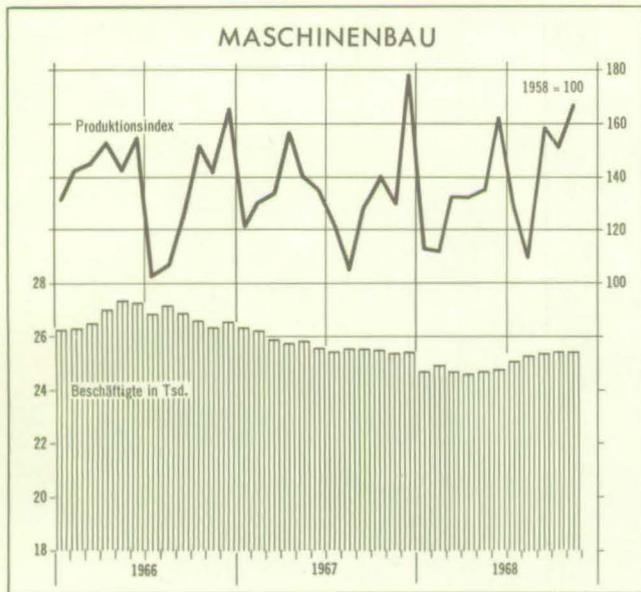
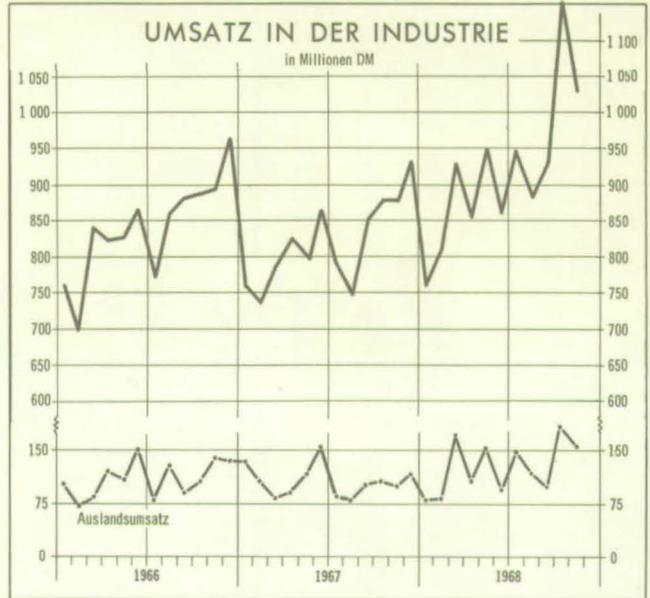
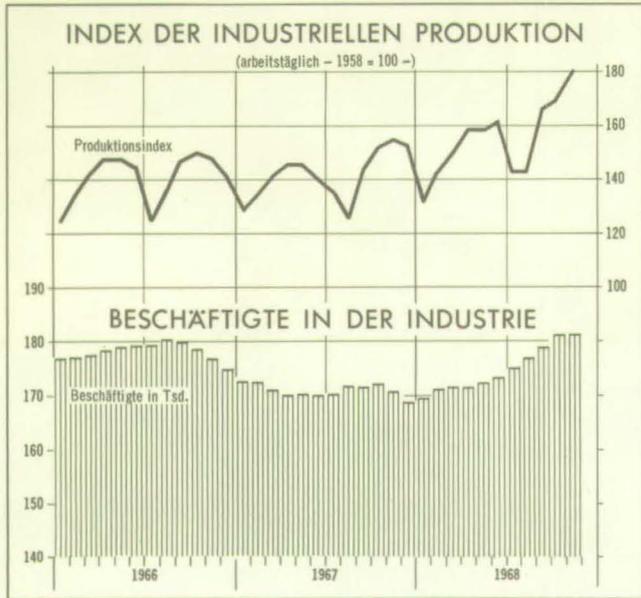
Da der gesamte Schuldenstand des Landes und der kommunalen Gebietskörperschaften am

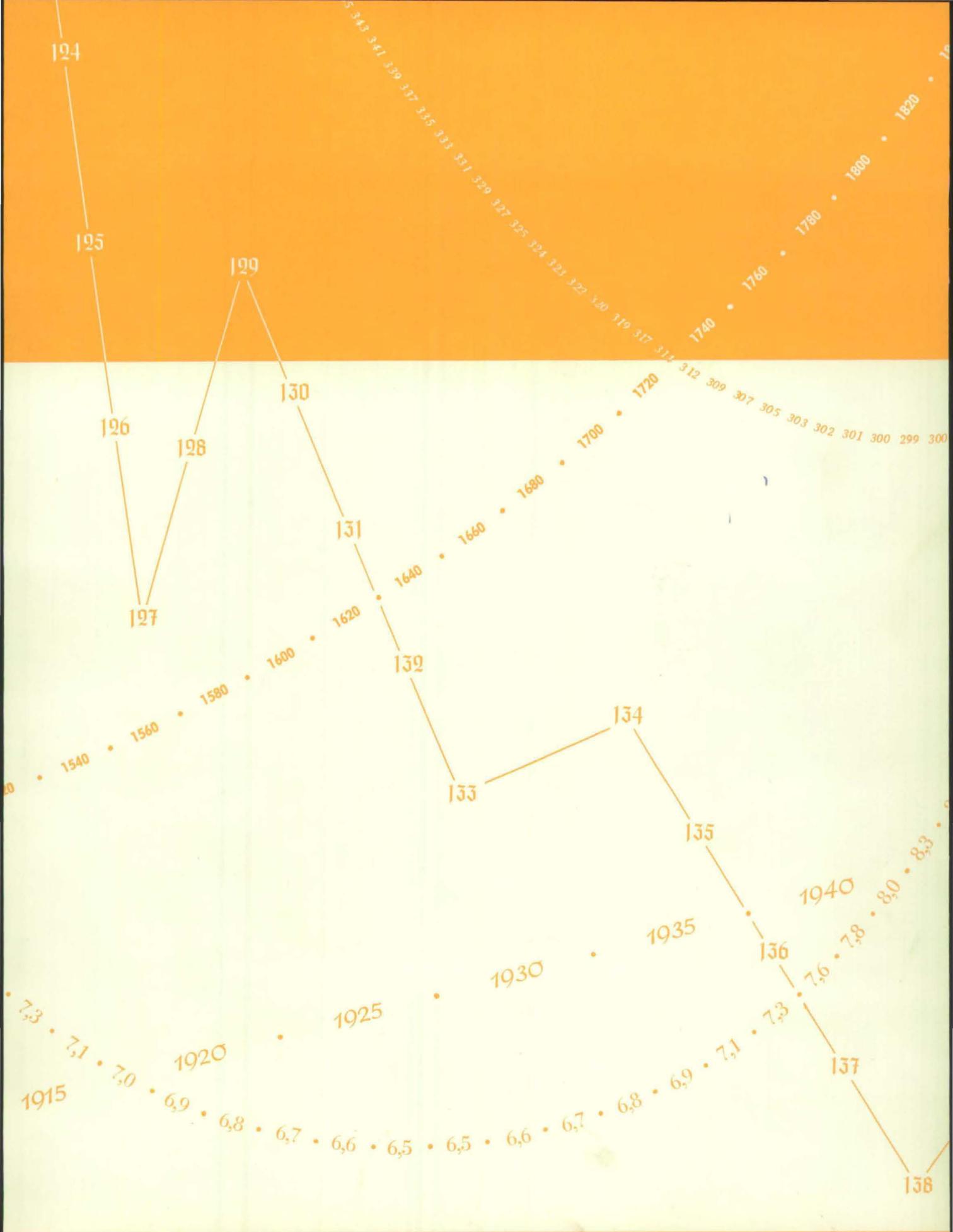
Ende des Rechnungsjahres 1967 3,6 Mrd. DM (ohne Eigenbetriebe) ausmachte, wird auch in den nächsten Jahren noch ein erheblicher Schuldendienst zu leisten sein.

Peter Hübsch

# SCHLESWIG - HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · B

Die "Wirtschaftskurven" A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil A enthält folgende Darstellungen: Bevölkerung (Bevölkerungsstand, Geburtenüberschuß, Wanderungsgewinn bzw. -verlust, Zuzüge, Fortzüge, Geborene und Gestorbene); Arbeiterverdienste; Preisindex für die Lebenshaltung im Bund; Steueraufkommen; Kreditvolumen.





Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, 23 Kiel 1, Postfach; Mühlenweg 166; Fernruf 4 36 02

Schriftleitung: Arnold Heinemann unter ständiger Mitarbeit von Lieselotte Korscheya

Druck: Schmidt & Klaunig, Kiel, Ringstraße 19/21

Bezugspreis: Einzelheft 2,50 DM, Jahresbezug 25,— DM

— Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet —

Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen